

## **Für eine wahlpolitische Alternative 2006**

### **1. Lage und Probleme der sozialen Oppositionsbewegung in Deutschland**

In den letzten Jahren und beschleunigt nach der Bundestagswahl 2002 ist die von SPD und Grünen getragene Bundesregierung und mit ihr das gesamte parlamentarisch-politische Spektrum weiter nach rechts gerückt und hat seine Positionen für einen neoliberal geprägten Umbau der Gesellschaft radikalisiert, ideologisch befestigt und gesetzgeberisch weiter umgesetzt. Das Stichwort des Jahres 2003 dafür ist die "Agenda 2010". In Massenmedien, Wissenschaften und vielen anderen zivilgesellschaftlichen "Schützengräben" konnten die Kräfte des Neoliberalismus und des Kapitals weitere Geländegewinne erzielen.

Gleichzeitig hat sich auch in Deutschland allmählich wachsende Opposition gegen neoliberale Globalisierung und gegen den Abbau sozialer Rechte und Errungenschaften entwickelt. Im Verlauf des Jahres 2003 wurde immer mehr Menschen klar, dass sie die Opfer des Umbaus sind und dass grundlegende Ansprüche an Gerechtigkeit und Zukunftsgestaltung dabei missachtet werden, ohne dass Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftliche Krise dadurch überwunden werden. Insbesondere im Bereich der gewerkschaftlich und der bisher überwiegend sozialdemokratisch orientierten Arbeitnehmerschaft, aber auch der Jugend und der RentnerInnen, machte sich zunehmend politische Frustration und Oppositionsbereitschaft breit, die sich in Demonstrationen wie am am 1. November 2003 und in den Studierendenstreiks zeigte. Auf der anderen Seite steht verbreitete Desorientierung und Resignation.

Diese Entwicklung wird sich im Jahr 2004 zunächst fortsetzen, wenn die Menschen die realen Auswirkungen der "Reformen" zu spüren bekommen und im Frühjahr die Mobilisierung der sozialen Opposition und fortschrittlicher Gewerkschaften einen neuen Höhepunkt erreicht. Die weitere Perspektive ist offen und hängt wesentlich an zwei - miteinander zusammen hängenden - Problemfeldern.

1. Die soziale Opposition ist sich einig in der Ablehnung des Sozialabbaus, aber auch jeglicher Kriegspolitik und Aufrüstung, und in der abstrakten Behauptung, eine Alternative sei möglich. Sie ist schwach und uneinig in der Deutung der Krisenprozesse und ihrer Ursachen und in der Darstellung, wie denn eine Alternative aussehen könne, die nicht nur gerechter ist, sondern auch die Probleme besser bewältigt. Um weiter und in die Offensive zu kommen, müssen die Gegner hier, auf dem zentralen Feld ihres Diskurses, angegriffen werden. Die Probleme müssen als Ergebnisse falscher, neoliberal geprägter Politik und von Krisenprozessen und Widersprüchen aufgezeigt werden, die die kapitalistische Ökonomie aus sich heraus hervorbringt. Als auch in der öffentlichen Debatte vermittelbare Kernpunkte sind der Widerspruch zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Perspektive und die Schwäche der Binnennachfrage als Hauptproblem der wirtschaftlichen Entwicklung hervorzuheben. Überzogene Katastrophenszenarien sind dabei zu vermeiden: für 2004 bis 2006 wird es darauf ankommen deutlich zu machen, dass der zu erwartende schwache Aufschwung nicht wegen, sondern trotz der neoliberalen "Reformen" stattfindet und bei einer anderen Politik eher und kräftiger und mit positiveren Wirkungen für die Mehrheit der Bevölkerung eingetreten wäre.

Die Grundlinien einer Alternative müssen aufgezeigt werden, die die soziale Lage und Perspektive der Mehrheit der Bevölkerung spürbar verbessern würde und die grundsätzlich realisierbar wäre. Das heißt: da es zunächst um eine politische Veränderung, um einen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurswechsel im Rahmen der gegebenen grundsätzlich kapitalistischen Rahmenbedingungen geht, ist eine Alternative zu präsentieren, die "nur" an den gegenwärtig vorherrschenden gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen scheitert, die aber veränderbar sind. Zu präsentieren wäre dazu im Kern ein sozial und ökologisch und emanzipativ ausgerichtetes Zukunftsprogramm einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie es in entsprechenden Kreisen (in Gewerkschaften, Memorandum-Gruppe, sozialistischen und anderen linken Gruppierungen usw. und darüber hinaus in breiteren politischen Bündniszusammenhängen) seit Jahren diskutiert und weiter entwickelt wird. Sowohl Defaitismus ("eine Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist sowieso aussichtslos") wie abstrakter Linksradikalismus ("nur die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus ist eine Perspektive") wirken desorientierend. Ebenso desorientierend ist es, Lösungen gar nicht mehr in Veränderungen staatlicher Politik, sondern nur noch zivilgesellschaftlich und im Wirken dezentraler, selbstorganisierter Netzwerke und alternativer Zusammenhänge in Nischen der Gesellschaft zu suchen und damit aus der Not eine Tugend zu machen.

2. Der sich entwickelnden sozialen Bewegung und außerparlamentarischen Opposition fehlt eine parlamentarisch-politische Repräsentanz. Im ersten Schritt entwickelt sie sich gerade in Abgrenzung und zur Artikulation von Protest gegenüber der herrschenden Politik und allen etablierten Parteien. Aber im Maße wie sie an gesellschaftlicher Breite und politischer Bedeutung gewinnt, stellt sich zunehmend die Frage nach ihrem Bezug zur politisch-parlamentarischen Ebene und nach ihrer Durchsetzungsperspektive. Diese Frage stellt sich sowohl vielen Individuen als auch den aktiven und organisierenden Kernen der Bewegung, die für die weitere Mobilisierung darauf Antworten geben müssen.

Bisher ist die Hauptantwort die, dass es darum geht, gesellschaftlichen Druck zu entwickeln und das politische "Klima" so zu verändern, dass alle Parteien und Institutionen darauf reagieren und sich das politische Koordinatensystem wieder nach links verschiebt (und evt. sich Bedingungen für weitergehende politische Prozesse ergeben). Dazu sei wahrscheinlich ein langer Atem notwendig. Die Antwort ist richtig, aber unzureichend. Sie lässt die Frage offen, wie sich die Menschen denn nun als politische Subjekte in den Situationen verhalten sollen, wenn sie mal die Wahl haben. Und vor allem blendet sie aus, wie wichtig die parlamentarisch-politische Ebene und institutionalisierte Machtpositionen zur Durchsetzung von Interessen, aber auch für die Entwicklung längerfristig mächtiger Diskurse und der öffentlichen Meinung sind. Die herrschende kapitalistische Klasse verfügt über institutionalisierte ökonomische und gesellschaftliche Machtpositionen, über Einflussmechanismen und Finanzmittel, die in letzter Instanz in ihren Eigentumsrechten begründet sind, um ihre Interessen und Ideologien durchzusetzen. Die soziale Bewegung und das normale Volk haben diese Möglichkeiten nicht und müssen sich Organisationen schaffen, um die gemeinsamen Interessen zu artikulieren und im Wirtschaftsleben, den anderen Sektoren der Gesellschaft und im Staat zu vertreten.

Traditionell diente dazu - bei allen Einschränkungen, die hier anzuführen sind - insbesondere das Zusammenspiel von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Diese Verbindung ist in den letzten Jahren immer mehr zerbrochen, die SPD und die Grünen agieren als Mehrheits- und Akzeptanzbeschaffer für eine Kapitalinteressen un-

terworfenen Politik, die sie in der Substanz nur geringfügig gegenüber den Forderungen des neoliberal dominierten Mainstream modifizieren. Der Frage, wie damit politisch und strategisch umgegangen werden soll, kann nicht länger ausgewichen werden. Bewegung alleine reicht nicht, jedenfalls wenn es nicht nur um Einzelfragen, sondern um grundsätzliche Verteilungs- und Machtauseinandersetzungen geht, die das Projekt des herrschenden Blocks im Kern angreifen. Was sind die realen Alternativen für die politische Perspektive der Bewegung? Ist es realistisch anzunehmen, ohne parlamentarischen Partner und damit ohne Alternative im parlamentarisch-politischen Raum und damit Druckpotential auf die etablierten Parteien hinreichende Kraft für reale Erfolge zu entwickeln? Ich denke nein. Ist es nicht realistischer zu erwarten, dass die herrschenden Kräfte im politischen System die Bewegung sich eine Zeitlang austoben lassen, bis sie sich wegen Erfolglosigkeit zunehmend erschöpft, und ansonsten weiter machen wie gehabt? Ich denke, das ist realistischer. Ist es realistisch anzunehmen, die Massen würden sich in einem solchen Prozess immer mehr radikalieren (und zugleich immer zahlreicher) und es käme letztlich zu sozialem Aufruhr, zum politischen Generalstreik, zur Besetzung der Betriebe und Verwaltungen und politischen Machtzentren, zu einer klassischen Revolution? Ich denke, das ist nicht realistisch und als Strategie hochgradig abenteuerlich. Es geht heute nicht um "Reform oder Revolution", sondern um sozialen Reformismus oder weiteren Vormarsch der neoliberalen Reaktion.

## **2. Warum brauchen wir eine wahlpolitische Alternative 2006?**

Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie, die Rahmenbedingungen für die Durchsetzung politischer Veränderungen vorgibt, und die eine Errungenschaft darstellt, deren Legitimation im Volk weitgehend ungebrochen ist. Solange dies allgemein und auch vom Gegner anerkannt ist und beachtet wird, haben Demonstrationen und auch politische Streikaktionen letztlich den Zweck, Druck auf die Parlamente auszuüben (so wie es das Kapital alltäglich und mit weit geringerer demokratischer Legitimation durch Einsatz seiner Verfügungsmöglichkeiten über Finanzmittel, Arbeitsplätze und Investitionen tut). Es geht dann immer um die Frage, wie und mit welchen parlamentarischen Kräften die Anliegen der außerparlamentarischen Bewegung - die selbstverständlich die primäre Bedeutung für fortschrittliche politische Veränderungen hat - in staatliches Handeln umgesetzt werden können. Darum geht es ganz konkret für die Bundestagswahl 2006 und davon ausgehend für die zukünftige politische Landschaft in Deutschland und Europa. Denn das Risiko, dass die soziale Oppositionsbewegung in den folgenden Jahren unter dem Eindruck des weiteren neoliberal dominierten Umbaus der Gesellschaft frustriert abflaut, erscheint mir größer als die Chance, dass sie weiter anwächst und dann zu einem späteren Zeitpunkt wesentlich größere Chancen böte, eine wahlpolitische Alternative oder neue Partei zu tragen.

Die Aktivitäten der Protestbewegung und der Gewerkschaften sind erfolgreich dabei gewesen, die Legitimation der herrschenden Politik und damit insbesondere der SPD in ihrer bisherigen WählerInnenbasis zu untergraben. Doch was folgt daraus bei den nächsten Wahlen? Zunächst mal folgt daraus "naturwüchsig", also wenn es keine klaren anders orientierenden Einwirkungen gibt, vor allem ein Zuwachs der NichtwählerInnen, ganz überwiegend zu Lasten der SPD. Die unmittelbare Folge eines solchen Protestverhaltens bzw. einer solchen Verweigerung der Zustimmung wäre ein relativer Zuwachs und damit eine starke parlamentarische Mehrheit der anderen erst recht neoliberal orientierten Parteien, vornehmlich der CDU/CSU. Diese gewin-

nen auch direkt, weil sie vielen Enttäuschten als die real wählbare Alternative zur Abstrafung der bisherigen Regierung erscheinen. Für die soziale Opposition und die Gewerkschaften würden sich die politischen Bedingungen dadurch unmittelbar weiter verschlechtern. Zusätzlich droht die Gefahr, dass rechtspopulistische Parteien einen Teil des Potenzials für sich nutzen können.

Welche Optionen gibt es, diesem Szenario entgegen zu wirken? Die erste Alternative wäre, dass insbesondere die Gewerkschaften bei einem Abflauen der Proteste zu einer Politik der Präferenz für das "kleinere Übel" zurückkehren. Selbst wenn eine Wahlunterstützung für Rot-Grün wie vor den vorangegangenen Wahlen nicht mehr möglich sein dürfte, würde das die Gewerkschaften, ihre politische Glaubwürdigkeit und zukünftige Handlungsfähigkeit und ihre mühsam aufgebauten Verbindungen in neuen sozialen Umfeldern massiv schädigen. Es bedeutete eine Kapitulation vor der angeblichen "neuen Mitte", die Aufgabe mühsam erarbeiteter Alternativkompetenzen, und die Unterordnung unter neoliberal bestimmte Entwicklungsmodelle auch in der Tarifpolitik. Am unmittelbaren Wahlergebnis würde es voraussichtlich wenig ändern. Dass es zu einer erneuten grundlegenden Umorientierung der SPD oder Grünen im Sinne einer sozial orientierten Politik gegen den Neoliberalismus führen würde, halte ich ebenfalls für unrealistisch. Ebenso wie bei der ersten Option - gar nichts tun - wäre eine weitere Zementierung der politischen Vorherrschaft des Neoliberalismus und des Großkapitals die Konsequenz.

Um dem Neoliberalismus im parteipolitischen Raum zurück zu drängen, müssen wir ihn auf dem eigenen Terrain angreifen. Um politisch voran zu kommen, ist eine ernst zu nehmende wahlpolitische Alternative nötig, die den außerparlamentarisch in der Gesellschaft entwickelten Druck ins politische System transformiert. Dies erscheint mir schon notwendig, um der weiteren Rechtsentwicklung der SPD eine Schranke zu setzen. Im bestehenden parteipolitischen Raum bietet sich dazu nur die PDS an. Bei aller Kritik an der PDS hat ihr Ausscheiden aus dem Bundestag 2002 den sozialreaktionären Kräften ihren Vormarsch in der Politik und in der öffentlichen Meinung erheblich erleichtert. Bei deutlicherer Unterstützung aus dem Spektrum von Gewerkschaften und Bewegungen wäre 2006 ein Überspringen der 5-Prozent-Hürde für die PDS durchaus realistisch.

Auf der anderen Seite bleibt diese Option hinter den Erfordernissen und den gesellschaftlichen Möglichkeiten dramatisch zurück. Aufgrund ihrer Geschichte und sozialen Zusammensetzung, ihrem dominanten Charakter als Partei Ostdeutschlands sowohl in der Wahrnehmung der Bevölkerung als auch in der eigenen politischen Ausrichtung, Führung, gesellschaftlichen Verankerung und politischen Prägung, ihrer geringen Verankerung in den oppositionellen Bewegungen, den Gewerkschaften und kritischen und demokratischen Organisationen und Milieus Westdeutschlands ist die PDS nicht in der Lage, den überwiegenden Teil des Potenzial für eine wahlpolitische Alternative auszuschöpfen. Für einen Großteil des Potenzials ehemals sozialdemokratischer, grüner oder sonstwie linker WählerInnen und sozial enttäuschter NichtwählerInnen kommt sie schlicht nicht in Frage. In den letzten Jahren hat sie sich bei vielen insbesondere gewerkschaftlich orientierten Linken, deren aktive Unterstützung für eine politische Alternative von zentraler Bedeutung wäre, durch diverse als opportunistisch und desorientierend wahrgenommene Äußerungen und Aktivitäten führender Personen und insbesondere durch ihre Regierungsbeteiligung in Berlin zusätzlich desavouiert. Sie erscheint als sehr auf sich selbst und auf Mitregieren fixiert. Sie bzw. ihre führenden VertreterInnen sind offenbar für die notwendige klare und offensive und zugleich populär vorgetragene Gegenposition zum Neoliberalismus in

der öffentlichen Auseinandersetzung weder politisch-inhaltlich noch kulturell geeignet und lassen keine Bewegung erkennen, daran etwas zu verändern.

Bleibt die Alternative, eine neue politische Formation zu entwickeln, die bei der Bundestagswahl 2006 mit Aussicht auf Erfolg anzutreten in der Lage ist. Wer die vorgenannten Optionen ablehnt bzw. für nicht geeignet hält, muss sich m.E. für diese Option entscheiden und etwas tun. Wer das nicht will, muss sich m.E. wiederum für eine der vorgenannten Optionen entscheiden und etwas tun, wobei m.E. die PDS-Option noch die sinnvollste ist.

### **3. Wie kann eine aussichtsreiche wahlpolitische Alternative für 2006 entwickelt werden?**

Zunächst ist die Frage, was ist das Ziel und der Maßstab für Erfolg? M.E geht es darum, der sozialen Bewegung bzw. ihren Positionen eine parlamentarisch-politische Artikulationsmöglichkeit zu bieten, die dann auch in den öffentlichen Debatten entsprechend und mit klaren Positionen präsent ist und wirken kann. Dazu müssen wir sozusagen in der Bundesliga spielen, also weder nur regional noch so schwach, dass wir ignoriert werden können. Politisch geht es ganz klar um Opposition, nicht um mögliche Beteiligung an einer Regierungskoalition, solange nicht die denkbaren Partner ihre Positionen grundlegend in unsere Richtung verändert haben und wieder reale Fortschritte durchsetzbar sind, wovon absehbar nicht auszugehen ist. Erfolgsmaßstab ist die Ausschöpfung des Potenzials in der Wahlbevölkerung, das aus Positionen sozialer Gerechtigkeit oder anderen von links anzurufenden Motiven oppositionell oder zumindest unzufrieden mit der herrschenden Politik ist. Ich schätze dieses Potenzial auf bundesweit über 20 Prozent, im Osten über 30 Prozent, überwiegend, aber nicht nur, aus Bereichen bisheriger SPD-, Grün-, PDS- und NichtwählerInnen. Im Optimalfall könnte also die SPD zur drittstärksten Fraktion reduziert werden, realistische Zielmarke könnte 10 Prozent sein, Minimalanforderung ein Einzug in den Bundestag in Fraktionsstärke mit deutlich über 5 Prozent.

Diese Schätzungen erscheinen möglicherweise hoch angesetzt, aber es gibt auf jeden Fall ein Potenzial, das deutlich über das bisherige links von SPD und Grünen hinausgeht und in erheblichen Teilen auch gar kein im Selbstverständnis linkes Potenzial ist - und auch das konnte die PDS im Westen ja nie annähernd erreichen. Es sind sehr viele Menschen empört und für Proteste ansprechbar, die das bisher noch nie waren, und noch mehr, die auch für ein anderes Wahlverhalten mobilisierbar wären. Hier ist im Verlauf des letzten Jahres eine neue Lage entstanden, noch nie gab es einen solchen Zerfall des bisherigen sozialdemokratischen WählerInnenlagers, und zwar aufgrund der Sozialkürzungen und damit insbesondere im sozial schwächeren und gewerkschaftsnahen Milieu.

Je höher das reale Ergebnis der Wahlalternative wird, desto besser auch nicht nur im Eigeninteresse des Wahlbündnisses, sondern der sozial orientierten Kräfte insgesamt. Zwar wäre damit klar, dass es keine Fortsetzung der SPD-geführten Regierung geben wird, aber davon ist eh auszugehen und es ist nach den Erfahrungen spätestens des Jahres 2003 auch nicht bedauerlich. Auf der anderen Seite wächst je stärker eine soziale Wahlalternative in den Bundestag einzieht die Wahrscheinlichkeit, dass es keine CDU/CSU/FDP-Mehrheit gibt, die ansonsten zu erwarten wäre. Damit bestünde die Chance, dass die anderen Parteien mit ihrer Negativmehrheit bzw. die in eine große bzw. Mitte-Rechts-Koalition einbezogene SPD (oder Grüne) in der Lage wären, bestimmte weitere gegen die ArbeitnehmerInnen gerichtete Umbaumaß-

nahmen (v.a. im Tarifrecht) zu verhindern. Je katastrophaler der Wahlausgang für SPD (und vielleicht auch Grüne) wird, desto größer werden dort auch die Chancen sein, die den kapitalorientierten Kurs der letzten Zeit bestimmenden Kräfte etwas zurück zu drängen und gegenüber CDU/CSU/FDP soziale Positionen wieder stärker zu betonen. Der von einer im Bundestag vertretenen sozialen Opposition ausgehende Druck wird das verstärken.

Die Anlage eines Projekts "Wahlalternative 2006" müsste so sein, dass diese Ziele erreicht werden können. Das heißt, es muss ein breites Spektrum der Bevölkerung angesprochen werden (in Vesters Milieulandkarte ...), im Kern die Arbeitnehmermilieus, die auch die Hauptbasis für Rot-Grün sind bzw. waren. Die Agitation und Propaganda muss populär, klar und einfach sein und Leute ansprechen und gewinnen, nicht ausgrenzen. Das Herangehen muss sein: Wer nicht gegen uns ist, ist für uns. Wer gegen die herrschende Politik und gegen "die da oben" ist, ist für uns (außer Rechte). Provoziert werden sollten unsere Gegner, nicht unsere potenziellen WählerInnen (dazu gehören z.B. auch RentnerInnen, die über Kürzungen erbost sind, aber ansonsten sich nicht als politisch interessiert oder gar links betrachten). Die zentralen Attribute, die mit dem Projekt verbunden werden müssen, sind: sozial, Gerechtigkeit, Frieden, Arbeit, Alternative, aber auch Fortschritt und Zukunft für alle (in was für einer Gesellschaft wollen wir künftig leben: sozial und kinderfreundlich und ökologisch oder ...), Wir sind das Volk (Frauen und Männer, Kinder und Alte, deutscher und ausländischer Herkunft). In diesem Sinne sollte auch der Name formuliert werden (z.B. "Arbeit, Gerechtigkeit und Frieden - die soziale Alternative"). Im Vergleich zur PDS im Osten muss das Projekt zugleich linker und "mittiger" im Sinne von auf die breiten Arbeitnehmerschichten und gewerkschaftlich orientiert sein. Die Slogans, Plakate usw. dürfen aber nicht inhaltsleer oder dröge langweilig sein, sondern müssen eine klare gegen den neoliberalen Mainstream bzw. für unsere Alternativen gerichtete Botschaft haben, aufklärerisch, zugespitzt und pfeffig sein und den eigenen Aktiven gefallen mit klarer Orientierung, damit sie sie selber gerne nutzen und gerne verbreiten. Es kann da auf vieles zurück gegriffen werden (in leichter Abwandlung ggf.), was Bewegungen und linke KünstlerInnen und Gruppen in der Vergangenheit produziert haben und was an Kreativität sich in der aktuellen Bewegung, bei Demonstrationen usw. immer wieder neu zeigt.

Programmatisch müssen die Gegenpositionen und Alternativen zur Politik des neoliberalen Gesellschaftsumbaus, des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben im Mittelpunkt stehen, außerdem die üblichen Positionen des "linken Mainstreams", die zentrale Anliegen der demokratischen Bewegungen aufgreifen (v.a. Frieden, Ökologie, Frauen, Globalisierungskritik, Interessen der MigrantInnen). Hier gibt es reichlich Vorarbeiten, etwa durch die Initiative für einen Politikwechsel, Memorandum-Gruppe, Attac, in Gewerkschaften usw.. M.E. sind hier bei allen Differenzen im Einzelnen und v.a. unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen genügend Gemeinsamkeiten (und v.a. gemeinsame Gegner) vorhanden und formulierbar. Ohne irgendwie in alte Positionen mit Haupt- und Nebenwidersprüchen zurück zu fallen, muss aber der Kern darin bestehen, soziale Interessen zu artikulieren und Interessengegensätze aufzuzeigen und die soziale Klassenfrage wieder von links und populär auf die politische Agenda bringen, als Frage von Interessen der Allgemeinheit bzw. des einfachen Volkes gegen die der Privilegierten, der Reichen, der Konzerne, der Herrschenden, "die da oben". Es geht also in gewissem Maße auch um einen linken Populismus, der notwendig ist, um Massen zu mobilisieren. Es geht nicht um eine neue explizit linkssozialistische Partei.

Notwendig wäre, soweit wie möglich zusammen mit dem Problem der politischen Repräsentanz der sozialen Oppositionsbewegung gleichzeitig das inhaltliche zu lösen, nämlich Kernbotschaften einer gegenüber dem Mainstream alternativen Problemdeutung und wirtschaftspolitischen Position und Argumentation zu verankern und im gesellschaftlichen Diskurs zur Geltung zu bringen. Ich denke, dass diese Aufgaben nur zusammen gelöst werden können, weil ohne einen politisch-parlamentarischen Träger eine wirtschaftspolitische Alternative nicht öffentlichkeitswirksam und als relevant wird vermittelt werden können.

Die Programmatik kann und sollte sich in Umfang und im Konkretisierungsgrad sowie im Zeithorizont auf die bevorstehenden Jahre bewusst beschränken und die konsensfähigen Positionen in den Mittelpunkt stellen und dazu nötigenfalls auch Formelkompromisse formulieren. Im Rahmen eines solchen Grundkonsenses, den alle aktiven TrägerInnen vertreten müssen, sind im Einzelnen unterschiedliche Positionen und Akzente möglich und sogar nützlich (etwa zur Frage Mindestlöhne und Grundsicherung, Stellenwert von Investitionsprogrammen und von Arbeitszeitverkürzungen, zur Wachstumsfrage mittel- und langfristig, zur Notwendigkeit einer grundsätzlichen Systemüberwindung). Auch zur Reichweite der Reformen und der Notwendigkeit anschließender weitergehender Umgestaltungen der Gesellschaft sind unterschiedliche Positionen zu akzeptieren und ist mit Widersprüchen soweit wie möglich so umzugehen, dass sie nicht zu internen Spaltungsdiskussionen hochgezogen werden, sondern im Sinne bewusster Pluralität akzeptiert und positiv genutzt werden, um in unterschiedliche soziale und politische Lager hineinzuwirken und sie zusammenzuführen. Notwendig ist aber das gemeinsame Eintreten für das gemeinsame Programm. Bei der Auswahl von KandidatInnen muss ein zentrales Kriterium sein, dass sie dazu gewillt und geeignet sind. Es sind mit allen KandidatInnen und möglichst vielen weiteren Aktiven intensive Bildungsmaßnahmen durchzuführen, um die Qualifikation zur inhaltlichen Auseinandersetzung insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu steigern.

Eine solche Herangehensweise muss Grundkonsens der das Projekt als aktiver Kern tragenden und führenden Kräfte sein. Es geht also um eine breite Sammlung bzw. ein Bündnis, das niemanden ausschließt (außer Rechten), aber auch keine Dominanz einer bestimmten Gruppierung oder Strömung zulässt. Das Spektrum sollte reichen von Kommunisten über Sozialisten bis zu Sozialstaatskonservativen (SoVD, VDK) und sozial orientierten Christen und ein möglichst breites Spektrum von Aktiven aus Gewerkschaften, Bewegungen und von Organisationen und Initiativen aus verschiedensten Bereichen einschließen. Es muss ein für alle, die die grundsätzlichen Ziele teilen, offenes Angebot für Unterstützung und Mitmachen sein.

Bei aller Vielfalt muss ein solches Bündnis andererseits ein Zentrum haben, das die grundlegenden Positionen und Herangehensweisen in besonderer Weise trägt und dafür sorgt, dass sie sich durchsetzen. Dieses Zentrum kann nur eine nichtsektiererische (überwiegend in der alten BRD geprägte) Linke mit starker gewerkschaftlicher Verankerung und starken Verbindungen in linke Wissenschafts-, Bewegungs- und Kulturszenen bilden, die nicht primär auf bestimmte politische Gruppen oder Parteien orientiert ist und die in den letzten Jahren und Jahrzehnten genügend gemeinsame Erfahrungen gemacht und bündnisfähige Positionen und Praxis entwickelt und alte Spaltungen hinreichend überwunden hat, um diese Rolle wahrzunehmen. Mit anderen Worten, im weiteren Sinne "wir".

Wie und durch wen kann die Initiative zu einem solchen Projekt ergriffen werden? Nötig sind Personen und/oder Organisationen als TrägerInnen und InitiatorInnen, die

eine entsprechend starke und breite Ausstrahlung und Überzeugungskraft in der Öffentlichkeit und insbesondere den anzusprechenden Zielgruppen haben. In der allgemeinen Öffentlichkeit wirklich prominente und geeignete potenzielle Führungspersönlichkeiten für ein solches Projekt sind mir nicht bekannt. Die prominenten Namen, die einem einfallen könnten, wie Lafontaine oder Gysi, werden voraussichtlich nicht dazu bereit sein und ich fände sie auch hoch problematisch und als Führungspersönlichkeiten nicht geeignet. Sollten sie das Projekt unterstützen wollen, wäre das schön, aber sie dürfen keine Führungsrolle einnehmen, das wäre für die Arbeit nicht gut und zu riskant. Ähnliches gilt für einige andere Personen.

Die Führung muss bei einem Kollektiv liegen, das nicht von Einzelnen dominiert wird, die dazu neigen, sich selbst und ihre persönlichen Ambitionen zu wichtig zu nehmen. Wir können im ersten Schritt eh nicht auf die allgemeine und von uns nicht freundlich gesonnenen Massenmedien dominierte Öffentlichkeit setzen, sondern auf die besonderen Öffentlichkeiten von Bewegungen und Milieus. Deshalb brauchen wir Personen, die bundesweit und in den Regionen, in der politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Linken und in den Gewerkschaften und anderen Organisationen und Bewegungen verankert und bekannt und als Orientierungsfiguren anerkannt sind. Es kommt im ersten Schritt darauf an, eine "kritische Masse" solcher Personen zusammen zu bekommen, so dass überzeugend deutlich wird, dass das Projekt nicht wieder so eine aussichtslose Idee von ein paar Leuten ist, sondern eine andere Qualität und Ausstrahlung und Chancen hat.

#### **4. Spezielle Problemfelder**

##### **4.1. Einheitsgewerkschaft und Parteiunabhängigkeit der Bewegungen**

Eine Erfolg versprechende Wahlalternative muss sich wie gesagt zentral auf Verankerung in Gewerkschaften und Bewegungen stützen und diese als Resonanzboden nutzen. Auf der anderen Seite sind Gewerkschaften und Bewegungen wesentlich parteiunabhängig und von der Mitarbeit und Unterstützung von vielen Menschen getragen, die in verschiedenen anderen Parteien Mitglied oder darauf orientiert sind. Aber wie in der Vergangenheit gegenüber SPD oder Grünen oder im christlichen Bereich gegenüber den Unionsparteien schließt das nicht aus, dass bestimmte politische Kräfte besonders enge Bindungen und Beziehungen zu bestimmten Organisationen und Bewegungen haben und dass führende Personen aus diesen für bestimmte politische Organisationen auch öffentlich mehr oder minder deutlich eintreten oder sogar kandidieren. Es spricht also nichts dagegen, sondern ist notwendig, dass führende Aktive aus Gewerkschaften, Attac, Umweltbewegung, Bürgerrechtsorganisationen, Friedensbewegung, Frauennetzwerken usw. sich für eine solche Wahlalternative engagieren, ohne dass die Organisationen oder Bewegungen als Ganzes damit ihre Parteiunabhängigkeit aufgeben.

Es gibt verschiedene Abstufungen, wie eine Unterstützung oder Wohlwollen gegenüber einer bestimmten politischen Gruppierung dennoch artikuliert werden kann. Seitens der Gewerkschaften wäre eine Position anzustreben etwa im Sinne von "Es gibt eine Alternative zu Sozialabbau. Noch mehr Sozialabbau ist keine Alternative", die faktisch auf eine soziale Wahlalternative verweisen würde, ohne dass es dazu viele Gegenargumente in den Organisationen geben könnte. Führende GewerkschafterInnen und Aktive aus Bewegungen, die nicht aktiv die Alternative selbst unterstützen oder weiter Mitglied in anderen Parteien sind, sollten für wohlwollende Äußerungen gewonnen werden. Zu beachten ist auch: Die Wahlalternative 2006 ist kei-



ne Partei im traditionellen und exklusiven Sinne und sollte offen für die Mitarbeit und Unterstützung von Menschen sein, die in verschiedenen anderen Parteien Mitglied sind.

#### **4.2. Umgang mit den “Abweichlern” in SPD und Grünen**

Dies gilt ausdrücklich auch für Mitglieder und Aktive der SPD und der Grünen und insbesondere auch die sog. “Abweichler”. Mit ihnen sollte Kooperation und Diskussion gesucht werden (Einladung zu Veranstaltungen...) und bei Interesse auch angeboten werden, sich im Rahmen einer sozialen Alternative zu betätigen oder sogar zu kandidieren. Ich erwarte allerdings nicht, dass sich da viel bewegen wird, eher sind eine große Zahl von WählerInnenstimmen und auch “Überläufer” an der Basis zu erwarten, wenn die Alternative Ausstrahlungsfähigkeit gewinnt. Allerdings, wenn es eine soziale Alternative im parlamentarischen Raum gibt, die Druck auf die SPD ausübt, könnte auch die Rolle der Linken in der SPD wieder relevanter werden.

#### **4.3. Parteiengesetz und Umgang mit der PDS**

Das Bundeswahlgesetz bestimmt, dass zur Bundestagswahl mit Landeslisten (und damit mit der Möglichkeit, Zweitstimmen zu bekommen) nur Parteien antreten können, die damit den Regelungen des Parteiengesetzes unterliegen. Listenverbindungen sind bei der Bundestagswahl nur zwischen den Landeslisten einer Partei zulässig, nicht zwischen verschiedenen Parteien. Es ist zulässig, dass die Mitglieder einer solchen Partei zugleich anderen Parteien angehören, auch der Name einer solchen zur Bundestagswahl antretenden Partei kann unter Beachtung bestimmter Bedingungen frei gewählt werden, sie muss nicht “Partei” heißen.

In Bezug auf die PDS besteht damit für eine soziale Wahlalternative das Problem, dass sie entweder in Konkurrenz zueinander antreten müssten mit dem Risiko, dass beide die 5-Prozent-Hürde nicht überwinden, oder dass sie sich dahin verständigen müssten, im Rahmen einer gemeinsamen Partei anzutreten. Nach allen Einschätzungen aus heutiger Sicht wird die PDS dazu nicht bereit sein. Wenn es allerdings gelingt, eine so breite Unterstützung und politische Bewegung für eine neue soziale Wahlalternative zu entwickeln, dass diese realistischer Weise in Gesamtdeutschland die 5-Prozenthürde überwinden könnte und gemeinsam mit der PDS mit großer Sicherheit würde, kann sich das anders darstellen. Denn wenn die PDS realistisch erwarten müsste, sich entweder zu verständigen mit der relativ sicheren Aussicht, im Rahmen einer breiteren politischen Formation und in Ostdeutschland in dieser auf absehbare Zeit den überwiegenden Teil stellend längerfristig zu überleben und einen Beitrag zur Veränderung der politischen Verhältnisse in Deutschland zu leisten, oder im Falle konkurrierender Kandidaturen wahrscheinlich erneut mit dem Versuch des Einzugs in den Bundestag (jedenfalls in Fraktionsstärke) zu scheitern, wäre eine andere Lage entstanden. Die PDS stünde dann vor der Entscheidung, ob sie ihre Bekenntnisse, sich zu einer gesamtdeutschen Linkspartei weiter entwickeln zu wollen, ernst nehmen will, oder ob sie sich endgültig auf eine Rolle als ostdeutsche Regionalpartei reduzieren und Gefahr laufen will, längerfristig zerrieben werden.

Das Ziel muss darin bestehen, eine solche Lage herbei zu führen und sich auf dieser Basis mit der PDS zu verständigen. Wenn die PDS sich dann für Regionalpartei Ost entscheidet, kann allerdings keine weitere Rücksicht auf sie genommen werden und muss in allen Bundesländern und Wahlkreisen als soziale Alternative angetreten werden. Anzustreben ist aber, dass die PDS sich für die gesamtdeutsche Perspekti-

ve entscheidet und sich als wichtiger Teil in ein neues linkes Alternativprojekt einbringt. Sie könnte, selbst wenn sie dabei einige potenzielle WählerInnen im Osten verlieren würde – aber warum eigentlich sollten das viele sein?, – einen Wahlerfolg nahezu sicher stellen. Ihr könnte angeboten werden, in Ostdeutschland die Mehrzahl und in Westdeutschland einen relevanten Anteil der KandidatInnen zu stellen und in der Führung der gemeinsamen politischen Vereinigung (Partei) angemessen – aber nicht dominant – vertreten zu sein. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung könnte als gemeinsame politische Stiftung weiter entwickelt werden (was selbstverständlich entsprechende Öffnung für wesentliche Beteiligung und Mitbestimmung für neue Kräfte v.a. aus Westdeutschland erforderte). Ich denke, dass es in der PDS etliche geben wird, die eine solche Perspektive attraktiv(er als die bisherige PDS) finden und sie aktiv unterstützen würden.

Sollte sich im Prozess der Entwicklung einer solchen sozialen Wahlalternative erweisen, dass es nicht gelingt, in hinreichendem Umfang Unterstützung und Dynamik für ein solches Projekt zu gewinnen, muss diskutiert werden, wie die erreichte Formierung dennoch produktiv gemacht werden kann. M.E. wäre es dann die beste „Aufgangvariante“, wenn aus dem gewonnenen Spektrum eine reale breite Basis für eine offene Bündnisliste der PDS entwickelt werden könnte. Das setzte aber auch eine Offenheit und geeignetes Verhalten der PDS voraus, um die verbreiteten und begründeten Vorbehalte zu überwinden und ein gemeinsames Vorgehen zu entwickeln. Aber wie gesagt: das wäre nur eine Notlösung, wenn das eigentliche Ziel als nicht erreichbar erscheint. Etliche Aktive würden dabei nicht mitmachen und es würde deutlich weniger geeignet sein, die Potenziale auszuschöpfen, als eine neu formierte soziale Wahlalternative.

#### **4.4. Umgang mit anderen Parteien und politischen Gruppierungen**

Der Umgang mit anderen Parteien sollte entsprechend den oben skizzierten Prinzipien ebenfalls offen sein. Auch Mitglieder anderer Parteien sollten sich aktiv beteiligen und auch als KandidatInnen antreten können. Es darf dadurch aber weder der beschriebene grundsätzliche Charakter der Vereinigung in Frage gestellt oder sie als Vehikel für Agitation für andere Parteien missbraucht werden. Die soziale Alternative muss als neue Kraft antreten (im Osten ggf. eingeschränkt durch die starke Rolle der PDS, falls sie sich beteiligt), als Bündnis, aber mit eigenem politischen Profil und zentralen Botschaften, nicht als Medium für andere politische Parteien oder Gruppen, sich selbst und ihre Sonderpositionen zu präsentieren. Der Grundkonsens muss von allen RepräsentantInnen und KandidatInnen getragen werden, weitergehende Sonderpositionen müssen nicht aufgegeben oder verheimlicht werden, aber dürfen nicht im Vordergrund stehen. Die soziale Alternative muss vor allem neue Aktive und Menschen aus Bewegungen gewinnen, darf nicht Sammelbecken der übriggebliebenen altbekannter linker Kleinorganisationen sein.

#### **4.5. Verhältnis von Bundes- und kommunaler und regionaler Ebene**

Der Ansatz für die Bildung der sozialen Alternative geht von der Bundesebene aus, ist in der ersten Etappe ein Top-Down-Projekt. Er unterscheidet sich damit von der Bildung der Grünen als der letzten erfolgreichen Formierung einer neuen bundespolitischen Kraft, die sich auf einen bereits entwickelten kommunalen und landespolitischen Unterbau stützen konnte. Dies ist einerseits ein Mangel, weil die notwendigen kommunalen und regionalen Träger des Projekts erst neu gefunden und organisiert werden müssen. Dies ist aber zu bewältigen, weil es jedenfalls in allen Ländern und

größeren Städten unmittelbar ein hinreichendes Potenzial an geeigneten und aktivierbaren Leuten geben dürfte, die angesprochen werden können. Wenn es gelingt, die og. "kritische Masse" an relevanten Personen und Gruppierungen zu sammeln, steht die Infrastruktur und Ausstrahlungsfähigkeit zur Verfügung, dies relativ kurzfristig zu realisieren und organisierte Zusammenhänge auf Landesebene und in den größeren Städten oder Regionen aufzubauen, die dann in der zweiten Etappe eine noch weiter die Fläche abdeckende Infrastruktur und Kontakte zu Aktiven und UnterstützerInnen aufbauen können. Dabei wird das Internet mit eMail und Mailinglisten eine zentrale Grundlage und Erleichterung dieses Prozesses sein, die es in den 1980er Jahren noch nicht gab.

Es gibt aber auch gute politische Gründe und Vorteile, die für einen von der Bundesebene ausgehenden Ansatz sprechen. Die Politikfelder, an denen sich die Opposition kristallisiert und vor allem die Kompetenzen, die für die Durchsetzung der Alternativkonzeptionen und Forderungen notwendig sind, liegen ganz überwiegend auf der bundespolitischen Ebene, zum Teil auf europäischer und internationaler Ebene, auf die auch im wesentlichen über die Bundesebene einzuwirken ist. Auf kommunaler und Länderebene bestehen meist nur begrenzte Handlungsspielräume und keine Möglichkeiten, die Probleme zu lösen, sondern nur, mehr oder weniger schlecht mit ihnen umzugehen. Die politische Orientierung und Mobilisierung der Alternative muss sich also sowieso in erster Linie auf die Bundesebene richten. Zudem ergeben sich aus dieser Situation Widersprüche und Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen, die in der grundsätzlichen politischen Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und den Kräften des großen Kapitals, mit militaristischer, unsozialer und ökologisch schädlicher Politik eigentlich auf der selben Seite stehen, aber unterschiedliche Positionen dazu entwickeln, welche Politik unter den gegebenen Bedingungen vor Ort am sinnvollsten ist.

Der Vorteil einer bundespolitischen Formierung besteht darin, sich sozusagen über diese Kontroversen und Konflikte zu stellen, indem sie das übergreifende Gemeinsame artikuliert. Sie kann damit konstruktive Beziehungen zu verschiedenen Gruppierungen haben und sich auf sie stützen, die untereinander vor Ort und in konkreteren Fragen unterschiedliche Positionen vertreten. Es sollte sogar möglich sein, dass verschiedene Kräfte, die gemeinsam auf die soziale Alternative bundespolitisch orientieren, kommunal oder auf Landesebene gegeneinander kandidieren oder politisch arbeiten. Besonders zugespitzt stellt sich dieses Problem, falls sich die PDS an der Formierung einer sozialen Alternative beteiligt und zugleich in Ländern und vielen Kommunen in Ostdeutschland in Regierungen oder kommunaler Verantwortung steht, gegen die sich sozialer Protest organisiert. Dies setzt eine erhebliche Rationalität im politischen Umgang der verschiedenen im Rahmen der sozialen Alternative zusammen arbeitenden Kräfte miteinander voraus. Andererseits wäre dies ein wichtiger Mechanismus, ein vernünftiges Verhältnis verschiedener gegenüber der herrschenden Politik oppositioneller Gruppierungen zueinander und die Gemeinsamkeit in der Auseinandersetzung mit den Hauptgegnern zu befördern und damit insgesamt die gegen den Neoliberalismus gerichteten Kräfte zu stärken.

## **5. Organisation, Arbeitsweise und Perspektiven: die neue Partei des 21. Jahrhunderts**

Daraus ergeben sich einige Vorstellungen über die Charakteristika und mögliche Struktur und Arbeitsweise der notwendigen neuen politischen Formation. Außerdem muss die Arbeitsweise der sozialen Alternative den veränderten Ansprüchen und po-

litischen Kulturen der Menschen entsprechen, die sich in Bewegungen und Initiativen, in Betrieben, Schulen und Hochschulen, im kulturellen Bereich oder in informellen Gemeinschaften engagieren und zunehmend das Internet zur Kommunikation nutzen und die die potenzielle Aktivenbasis darstellen. Weiter muss die soziale Alternative bzw. ihre RepräsentantInnen im öffentlichen Auftreten und der persönlichen Praxis die massive Parteien- und Politikerverdrossenheit im Volk und in den Bewegungen reflektieren und sich als anders als die etablierten Parteien darstellen: ohne Dünkel und Arroganz, nicht korrupt und nicht auf die eigenen Interessen und Privilegien bedacht, sondern unbestechliche VertreterInnen der einfachen Leute, gegenüber den „Eliten“ aus Wirtschaft, Medien und Politik nie devot, sondern selbstbewusst und kämpferisch in der Auseinandersetzung.

Die soziale Alternative muss in der öffentlichen Auseinandersetzung konsequent und glaubwürdig eine positive, fortschrittliche gesellschaftspolitische Alternative vertreten. Die Formulierung und Verankerung von programmatischen Botschaften und von linken Deutungsmustern im gesellschaftlichen Diskurs ist eine Hauptaufgabe. Es geht primär darum, die Auseinandersetzung um die Hegemonie zu führen und neoliberale und andere rechte Auffassungen zurückzudrängen. Politische Kompetenz zu entwickeln heißt zunächst, die intellektuellen und strukturellen Kapazitäten für Opposition zu stärken, nicht etwa „regierungsfähig“ zu werden. Es geht also um Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, um breit angelegte Bildungsarbeit und auch das Eingreifen in wissenschaftliche Diskurse. Der Wahlkampf muss als ein Kristallisations- und Höhepunkt dieser Arbeit angelegt werden.

Dies ist, abgesehen vom unmittelbaren Wahlkampf, nicht von der sozialen Alternative als Organisation allein und mit eigenen Mitteln zu leisten, sondern muss wesentlich erfolgen durch die Aktivitäten und im Zusammenwirken der verschiedenen Kräfte, auf die sie sich in der Gesellschaft und den Bewegungen, in Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur stützt. Die soziale Wahlalternative muss als Rahmen und als Initiator und Motivator solcher Aktivitäten wirken sowie Austausch und Entwicklung gemeinsamer Positionen vorantreiben. Sie muss sich zum gemeinsamen Kristallisations- und Bezugspunkt vielfältiger unabhängiger Aktivitäten entwickeln und in diesem, nicht formalen, Sinn als politische Organisation der sozialen und demokratischen Bewegungen. Auf der anderen Seite spielt die soziale Wahlalternative eine eigene besondere Rolle in der Zusammenfassung, Artikulation und Vertretung von Positionen im politisch-parlamentarischen Raum, in Medien und auch mit eigenen Veranstaltungen und anderen Aktivitäten.

Die soziale Alternative sollte aber außerhalb von Wahlkampfzeiten anders als die traditionellen Parteien sich vor allem als verbindender Zusammenhang von Personen darstellen, die primär in Gewerkschaften und anderen Interessenvertretungen, Bewegungen, Organisationen und sozialen, politischen, wissenschaftlichen und kulturellen und Projekten aktiv sind. Es sollte nicht darum gehen, ein traditionelles „Parteilieben“ mit regelmäßigen Mitgliederversammlungen, Vorstandssitzungen usw. zu betreiben, sondern zu bestimmten Zwecken und Aktivitäten die Leute und die der Wahlalternative assoziierten Organisationen mobilisieren zu können und sie ansonsten locker zusammenzuhalten. Dazu müssen sie in Dateien erfasst und informiert werden und ihnen Möglichkeiten zum elektronischen oder persönlichen Austausch geboten werden. Die soziale Alternative muss die dazu notwendige Infrastruktur organisieren und aktuell halten.

Die soziale Alternative sollte nicht nur auf Mitgliedschaften von Personen beruhen, von denen möglichst viele zugleich anderswo eine aktive Rolle spielen sollten, son-

dern auch als Bündnisorganisation verschiedener linker und kapitalismuskritischer Strömungen und Organisationen und Netzwerke, Zeitschriften usw.. Diese behalten dabei ihre volle Eigenständigkeit, sind aber zugleich dem Bündnis angeschlossen und bei der Diskussion von Positionen und Aktivitäten institutionalisiert beteiligt. Wie eine Organisationsstruktur gestaltet sein müsste, die das effektiv und demokratisch realisieren kann, müsste noch diskutiert werden. Dabei sind auch Vorgaben des Parteiengesetzes und der Wahlgesetze zu beachten.

Die soziale Alternative sollte sich jedenfalls nicht in Streit verwickeln lassen über Fragen, die nicht anstehen. Es ist nicht notwendig, sich über verschiedene Varianten der Analyse des Kapitalismus oder weitergehender gesellschaftspolitischer Alternativen oder der Einschätzung einzelner politischer Entwicklungen und Kräfte zu einigen oder darüber Mehrheitsentscheidungen herbei zu führen. Menschen und Gruppierungen mit verschiedenen Positionen können und sollen diese in vernünftiger Weise vertreten und für Interessierte Bildungs- und Diskussionsangebote machen, dies darf aber die notwendigen gemeinsamen Aktivitäten nicht behindern. In den für die konkreten politischen Auseinandersetzungen relevanteren Fragen ist durch die Verankerung und den engen Bezug auf die Diskussionen in den Bewegungen, Gewerkschaften und linken Netzwerken sowie eine dominierende Orientierung auf die gemeinsamen Ziele und Gegner dafür zu sorgen, dass sowohl Opportunismus wie Sektierertum vermieden werden und vernünftige Konsense oder Mehrheitspositionen formuliert werden, ohne konstruktive Minderheiten auszugrenzen. Das Referenzmodell ist dabei, wie in außerparlamentarischen Bewegungen und Bündnissen Kompromisse gefunden werden.

Pluralität und breites Bündnis bedeutet nicht Beliebigkeit und Offenheit für alle, auch destruktiv wirkende Kräfte. Die Verpflichtung auf einen gemeinsamen Grundkonsens, das Reformprogramm der sozialen Alternative als Wahlbündnis einerseits und die klare Orientierung auf Opposition andererseits grenzt auch einige aus und soll das auch. Die Linke hat vielfältige Erfahrungen, wie durch destruktives Verhalten Einzelner und von Gruppen gute Initiativen chaotisiert, gesprengt oder durch Abschreckung vieler Vernünftiger ruiniert wurden. Das Vorgehen insbesondere in der Gründungsphase muss diese Erfahrungen berücksichtigen. Die Organisierung muss ausgehend von einem Zentrum stufenweise sich erweiternd erfolgen, indem Leute gezielt angesprochen werden und diese dann ebenso gezielt weitere ansprechen. So ist auch auf Länder- und regionaler Ebene zu verfahren. In diesem Rahmen sind dann die programmatischen Grundlagen und einige personelle Fragen für die erste Etappe möglichst konsensual unter Berücksichtigung aller sinnvoller Weise zu berücksichtigenden Anliegen und Ansprüche zu klären. Dann erst sollte eine weitere Öffnung stattfinden, wenn die Chaotisierung oder Usurpation durch destruktive Kräfte aufgrund der bereits vorhandenen Stärke weitgehend ausgeschlossen werden kann.

Wenn dann eine Fraktion der sozialen Alternative im Bundestag sitzt, stellen sich weitere Fragen. Diese sollten in ähnlicher Weise angegangen werden. Einheitliches Abstimmen ist zwar anstrebenswert und wird in den meisten Fällen auch unproblematisch möglich sein, aber wenn nicht ist abweichendes Abstimmungsverhalten Einzelner kein Drama und Fraktionszwang nicht sinnvoll. Entscheidend ist, dass die Abgeordneten weiter enge Verbindung zu den Bewegungen und Gruppierungen pflegen, aus denen sie kommen. Regionale Kriterien spielen dem gegenüber eine sekundäre Rolle und werden erst gewichtiger, wo die Eroberung von Direktmandaten in Wahlkreisen ein realistisches Ziel wird. Die Fragen, die sich stellen könnten, falls irgendwann die soziale Alternative auch in Mehrheitskoalitionen einbezogen würden,

müssen zwar rechtzeitig diskutiert werden, aber das hat noch Zeit - wenn es jemals dazu kommt.

Wichtiger ist die stetige Verbreiterung und Vertiefung der Verankerung in den Gewerkschaften, Bewegungen, Organisationen und Szenen auch in den Ländern und Kommunen sowie der Ausbau der Infrastruktur und Medien, um die politische Formierung und den Kampf um Hegemonie weiter voranzutreiben. Die Sozialdemokratie hat sich als politische Organisation und Interessenvertretung der lohnabhängigen Klasse und der anderen vom Kapital beherrschten Schichten historisch erschöpft bzw. verabschiedet. Es bedarf eines neuen Anlaufs der politischen Artikulation und Formierung eines alternativen gesellschaftlichen Blocks von Arbeit und Wissenschaft, Bewegungen und Kultur gegen den herrschenden Block des Kapitals und des Neoliberalismus, um solidarische gesellschaftliche Gestaltung und eine progressive europäische und internationale Perspektive wieder auf die Tagesordnung zu bringen und zu erkämpfen. Das kann nur gelingen, wenn dabei auch eine neue Generation gewonnen wird, und das wiederum kann nur mit einer neuen Formation gelingen.

## **6. Gründungsprozess**

Die Diskussion über ein solches Projekt muss jetzt geführt werden, damit die Initiative, es real zu organisieren, noch in diesem Jahr gestartet werden kann. Es ist genügend Zeit erforderlich, um die genannten Bedingungen zu realisieren. Es ist möglich, dass die Zeitschiene noch erheblich enger wird, weil die Bundestagswahlen vielleicht auch schon im Herbst 2005 stattfinden könnten, wenn Rot-Grün nach dem absehbaren Verlust von Nordrhein-Westfalen im Bundesrat eine Zwei-Drittel-Mehrheit gegen sich hat. Erster und zentraler Schritt ist es, die "kritische Masse" von relevanten Personen, Gruppen und Organisationen gewinnen, um das Projekt ernsthaft zu starten. Im Sommer sollte dazu schon eine größere Tagung mit Interessierten stattfinden, vorher muss sich ein kleinerer Kreis zur Vorbereitung und Organisation zusammensammeln. Es sind die zu sammeln, die beginnen wollen, ohne Abgrenzung gegenüber denen, die (noch) nicht dabei sind. Sie können später dazu stoßen.

Im Jahr 2005 ginge es dann darum, flächendeckend UnterstützerInnen zu sammeln und zu mobilisieren. Die entscheidende Frage ist, ob es dabei gelingt, eine hinreichende neue Dynamik zu entwickeln. Dann muss diskutiert und entschieden werden, ob zur Bundestagswahl angetreten werden soll und ein Fahrplan zur Erstellung und Beschlussfassung eines Programms und zur Aufstellung von Landeslisten und WahlkreiskandidatInnen geklärt werden. Eine hauptamtliche und sächliche Infrastruktur muss aufgebaut werden. 2006 stünde dann die eigentliche politische Mobilisierung und der Wahlkampf im Mittelpunkt. Eine zentrale Frage ist in diesem Zusammenhang die Finanzierung. Es sind etliche Millionen Euro notwendig, dazu müssen neue Formen des Fundraising genutzt werden, aus internationalen Beispielen ist zu lernen. Maximal in Höhe der Hälfte der Einnahmen können die Kosten über die Wahlkampfkostenerstattung refinanziert werden (0,85 bzw. 0,70 Euro für jede Zweitstimme). Die Wahlalternative ist auch als politisches Investitionsprojekt zu begreifen.

Viele halten eine Wahlalternative und neue politische Formation für nötig, sind aber skeptisch, ob ein solches Projekt realisierbar ist. Das entscheidet die Praxis, es passiert nicht einfach so oder anders, sondern es muss getan werden. Es erscheint nicht unmöglich, also müssen wir es zumindest versuchen. Wenn sich herausstellt, es ist doch (noch) nicht zu schaffen, kann die erreichte Formierung dennoch wichtig sein für Zwischenschritte und für die Zukunft.

# Für eine wahlpolitische Alternative 2006

## Zusammenfassung:

Wahlbeteiligung, Wahlergebnisse und Mitgliederbewegung der Parteien zeigen, dass viele BürgerInnen sich von der Politik der Agenda 2010 betrogen fühlen, zugleich keine politische Alternative sehen und sich daher zur Haltung der politischen Abstinenz entscheiden. Dies ist auch – aber nicht nur – ein wachsendes Problem für die engagierten Mitglieder in den Gewerkschaften.

Politische Resignation und Passivität bringen uns dem unverzichtbaren politischen Kurswechsel nicht näher. Nur wenn die sozialen Interessen und solidarisch-emanzipatorische Werthaltungen auch parlamentarisch-politisch zur Geltung gebracht werden, kann ein weiterer neoliberal bestimmter Umbau der Gesellschaft verhindert und eine andere Politik durchgesetzt werden.

Wir wollen ergänzend zum wachsenden außerparlamentarischen Protest – Europäischer Aktionstag am 3.4.2004 – die Entwicklung eines breiten politisch-sozialen Bündnisses vorantreiben, in dem eine inhaltliche Verständigung über einen Politikwechsel und die Perspektive einer Wahlalternative im Zentrum steht.

(Wir verwenden „...Innen“ zu Bezeichnung der sowohl männlichen wie weiblichen Form.)

## 1. Oppositionsbewegung in Deutschland

In den letzten Jahren ist die von SPD und Grünen getragene Bundesregierung und mit ihr das gesamte parlamentarisch-politische Spektrum weiter nach rechts gerückt. Die Politik für einen neoliberal geprägten Umbau der Gesellschaft ist radikalisiert, ideologisch befestigt und gesetzgeberisch umgesetzt worden. Das Stichwort des Jahres 2003 dafür ist die "Agenda 2010". In Massenmedien, Wissenschaften und vielen anderen zivilgesellschaftlichen "Schützengräben" konnten die Kräfte des Neoliberalismus und des Kapitals weitere Geländegewinne erzielen.

Gleichzeitig hat sich eine wachsende Opposition gegen neoliberale Globalisierung und gegen den Abbau sozialer Rechte entwickelt. Eine Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und ein Ende der Politik der Sozialkürzungen zeichnet sich nicht ab. Insbesondere im Bereich der gewerkschaftlich und der bisher überwiegend sozialdemokratisch orientierten ArbeitnehmerInnen, aber auch der Jugend und der RentnerInnen, macht sich politische Frustration und Oppositionsbereitschaft breit. Auf der anderen Seite steht verbreitete Desorientierung und politische Resignation.

Diese Entwicklung wird sich im Jahr 2004 zunächst fortsetzen, wenn die Menschen die realen Auswirkungen der "Reformen" zu spüren bekommen und im Frühjahr die Mobilisierung der sozialen Opposition und fortschrittlicher Gewerkschaften einen neuen Höhepunkt erreicht. Die weitere Perspektive ist offen und hängt wesentlich an zwei – miteinander zusammen hängenden – Problemfeldern:

1. Die soziale Opposition ist sich einig in der Ablehnung des Sozialabbaus, jeglicher Kriegspolitik und Aufrüstung und in der abstrakten Behauptung, eine politische Alternative sei möglich. Sie ist schwach und uneinig in der Deutung der Krisenprozesse und ihrer Ursachen und in der Darstellung, wie denn eine Alternative aussehen könne, die nicht nur gerechter ist, sondern auch die Probleme besser bewältigt.

Wollen wir in die Offensive kommen und die Tendenz zur politischen Resignation beenden, müssen sowohl das bürgerliche Lager als auch die rot-grüne Koalition auf dem zentralen Feld ihres Diskurses attackiert werden. Die Probleme müssen als Ergebnisse falscher, neoliberal geprägter Politik und von Krisenprozessen und Widersprüchen aufgezeigt werden, die die kapitalistische Ökonomie aus sich heraus hervorbringt. In der öffentlichen Debatte sind der Widerspruch zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Perspektive und als Hauptproblem der wirtschaftlichen Entwicklung die Schwäche der Binnennachfrage hervorzuheben.

**Die Grundlinien einer Alternative müssen aufgezeigt werden, die die soziale Lage und Perspektive der Mehrheit der Bevölkerung spürbar verbessern würde.** Vor allem brauchen wir mehr und sinnvolle Beschäftigung zu sozialen Bedingungen und die Entwicklung sozial und ökologisch nützlicher Wachstumsfelder. Zu präsentieren wäre dazu im Kern ein sozial und ökologisch und emanzipativ ausgerichtetes Zukunftsprogramm einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie es in entsprechenden Kreisen (in Gewerkschaften, Memorandum-Gruppe, sozialistischen und anderen linken Gruppierungen usw. und darüber hinaus in breiteren politischen Bündniszusammenhängen) seit Jahren diskutiert und weiter entwickelt wird. Sowohl Defaitismus ("eine Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist sowieso aussichtslos") wie abstrakter Linksradikalismus ("nur die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus ist eine Perspektive") wirken desorientierend. Ebenso desorientierend ist es, Lösungen gar nicht mehr in Veränderungen staatlicher Politik, sondern nur noch zivilgesellschaftlich und im Wirken dezentraler, selbstorganisierter Netzwerke und alternativer Zusammenhänge in Nischen der Gesellschaft zu suchen und damit aus der Not eine Tugend zu machen.

2. **Den vielen Betroffenen des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft – Beschäftigten und Erwerbslosen, RentnerInnen und Kranken, Studierenden, Alleinerziehenden und vielen anderen – und ihrer sozialen Unzufriedenheit fehlt ebenso eine parlamentarisch-politische Repräsentanz wie der sich entwickelnden sozialen Bewegung und außerparlamentarischen Opposition oder den Gewerkschaften.** De facto sind wir heute ein Land ohne wirkliche und wirksame parlamentarische Opposition, denn CDU/CSU/FDP vertreten nur eine noch radikalere Variante des neoliberalen Gesellschaftsumbaus. Im ersten Schritt entwickelt sich die Gegenbewegung gerade in Abgrenzung und zur Artikulation von Protest gegenüber der herrschenden Politik und allen etablierten Parteien. Aber in dem Maße, wie sie an gesellschaftlicher Breite und politischer Bedeutung gewinnt, stellt sich zunehmend die Frage nach ihrem Bezug zur politisch-parlamentarischen Ebene und nach ihrer Durchsetzungsperspektive. Diese Frage stellt sich sowohl vielen Individuen als auch den aktiven und organisierenden Kernen der Bewegung, die für die weitere Mobilisierung darauf Antworten geben müssen.

Bisher ist die Hauptantwort die, dass es darum geht, gesellschaftlichen Druck zu entwickeln und das politische "Klima" so zu verändern, dass alle Parteien und Institutionen darauf reagieren und sich das politische Koordinatensystem wieder nach links verschiebt (und evtl. sich Bedingungen für weitergehende politische Prozesse ergeben). Dazu sei ein langer Atem notwendig. Die Antwort ist richtig, aber unzureichend. Sie lässt die Frage offen, wie sich die Menschen denn nun als politische Subjekte in den Situationen verhalten sollen, wenn sie mal die Wahl haben. **Und vor allem blendet sie aus, wie wichtig die parlamentarisch-politische Ebene und institutionalisierte Machtpositionen zur Durchsetzung von Interessen, aber auch für die Entwicklung längerfristig mächtiger Diskurse und der öffentlichen Meinung sind.**

Traditionell diente dazu insbesondere das Zusammenspiel von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Diese Verbindung ist in den letzten Jahren immer mehr zerbrochen, die SPD und die Grünen agieren als Mehrheits- und Akzeptanzbeschaffer für eine Kapitalinteressen unterworfenen Politik, die sie in der Substanz nur geringfügig gegenüber den Forderungen des neoliberal dominierten Mainstream modifizieren. Bewegung alleine reicht nicht, jedenfalls wenn es nicht nur um Einzelfragen, sondern um grundsätzliche



Verteilungs- und Machtauseinandersetzungen geht, die das Projekt des herrschenden Blocks im Kern angreifen.

Was sind die realen Alternativen für die politische Perspektive der Bewegung? Ist es realistisch anzunehmen, ohne parlamentarischen Partner und damit ohne Alternative im parlamentarisch-politischen Raum und damit Druckpotenzial auf die etablierten Parteien hinreichende Kraft für reale Erfolge zu entwickeln? Es geht heute nicht um "Reform oder Revolution", sondern um sozialen Reformismus oder weiteren Vormarsch der neoliberalen Reaktion.

## **2. Brauchen wir eine wahlpolitische Alternative?**

Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie, die Rahmenbedingungen für die Durchsetzung politischer Veränderungen vorgibt, und die eine Errungenschaft darstellt. Demonstrationen und auch politische Streikaktionen haben letztlich den Zweck, Druck auf die Parlamente auszuüben – so wie es Unternehmen, Arbeitgeberverbände oder andere finanzkräftige Lobbygruppen alltäglich und mit weit geringerer demokratischer Legitimation tun, bis hin zu regelrechten Erpressungsversuchen, wenn es um Investitionen oder angedrohte Verlagerungen von Arbeitsplätzen geht.

Es geht um die Frage, wie und mit welchen parlamentarischen Kräften die Anliegen der außerparlamentarischen Bewegung – die selbstverständlich die primäre Bedeutung für fortschrittliche politische Veränderungen hat – in staatliches Handeln umgesetzt werden können. Daher geht es ganz konkret um die Bundestagswahl 2006 und davon ausgehend um die zukünftige politische Landschaft in Deutschland und Europa. Denn es besteht auch das Risiko, dass die soziale Oppositionsbewegung in den folgenden Jahren unter dem Eindruck des weiteren neoliberal dominierten Umbaus der Gesellschaft frustriert abflaut.

Trotz aller Propaganda ist es der Bundesregierung nicht gelungen, ihre „Reformpolitik“ ihren bisherigen WählerInnen zu vermitteln – kein Wunder, ist sie doch gegen deren Interessen gerichtet. Die Aktivitäten der Protestbewegung und der Gewerkschaften sind erfolgreich dabei gewesen, die Legitimation dieser Politik in Frage zu stellen. Doch was folgt daraus bei den nächsten Wahlen? Zunächst mal folgt daraus "naturwüchsig", also wenn es keine klaren anders orientierenden Einwirkungen gibt, vor allem ein Zuwachs der NichtwählerInnen, ganz überwiegend zu Lasten der SPD. Die unmittelbare Folge eines solchen Protestverhaltens bzw. einer solchen Verweigerung der Zustimmung wäre ein relativer Zuwachs und damit eine starke parlamentarische Mehrheit der anderen erst recht neoliberal orientierten Parteien, vornehmlich der CDU/CSU. Diese gewinnen auch direkt, weil sie vielen Enttäuschten als die real wählbare Alternative zur Abstrafung der bisherigen Regierung erscheinen. Für die soziale Opposition und die Gewerkschaften würden sich die politischen Bedingungen dadurch unmittelbar weiter verschlechtern. Zusätzlich droht die Gefahr, dass rechtspopulistische Parteien einen Teil des Potentials für sich nutzen können.

Welche Optionen gibt es, diesem Szenario entgegen zu wirken? Die erste Alternative wäre, dass insbesondere die Gewerkschaften bei einem Abflauen der Proteste zu einer Politik der Präferenz für das "kleinere Übel" zurückkehren. Selbst wenn eine Wahlunterstützung für Rot-Grün wie vor den vorangegangenen Wahlen nicht mehr möglich sein dürfte, würde das die Gewerkschaften, ihre politische Glaubwürdigkeit und zukünftige Handlungsfähigkeit und ihre mühsam aufgebauten Verbindungen in neuen sozialen Umfeldern massiv schädigen. Es bedeutete eine Kapitulation vor der angeblichen "neuen Mitte", die Aufgabe mühsam erarbeiteter Alternativkompetenzen, und die Unterordnung unter neoliberal bestimmte Entwicklungsmodelle auch in der Tarifpolitik. Am unmittelbaren Wahlergebnis würde es voraussichtlich wenig ändern. Dass es zu einer erneuten grundlegenden Umorientierung der SPD oder Grünen im Sinne einer sozial orientierten Politik gegen den Neoliberalismus kommen kann, ist unrealistisch. Ebenso wie bei der ersten Option – gar nichts tun – wäre eine weitere Ze-

mentierung der politischen Vorherrschaft des Neoliberalismus und des Großkapitals die Konsequenz.

**Um den Neoliberalismus im parteipolitischen Raum zurückzudrängen, müssen wir ihn auf dem eigenen Terrain angreifen. Um politisch voran zu kommen, ist eine ernst zu nehmende wahlpolitische Alternative nötig, die den außerparlamentarisch in der Gesellschaft entwickelten Druck ins politische System transformiert.** Dies erscheint schon allein deshalb sinnvoll, um der weiteren Rechtsentwicklung der SPD eine Schranke zu setzen.

Im bestehenden parteipolitischen Raum bietet sich dazu nur die PDS an. Bei aller Kritik an der PDS hat ihr Ausscheiden aus dem Bundestag 2002 den sozialreaktionären Kräften ihren Vormarsch in der Politik und in der öffentlichen Meinung erheblich erleichtert. Auf der anderen Seite bleibt diese Option hinter den Erfordernissen und den gesellschaftlichen Möglichkeiten dramatisch zurück. **Die PDS ist nicht in der Lage, den überwiegenden Teil des Potentials für eine wahlpolitische Alternative auszuschöpfen. Für einen Großteil des Potentials ehemals sozialdemokratischer, grüner oder sonstwie linker WählerInnen und sozial enttäuschter NichtwählerInnen kommt sie nicht in Frage.** In den letzten Jahren hat sie sich durch ihre Regierungsbeteiligung in Berlin zusätzlich desavouiert. Sie erscheint als sehr auf sich selbst und auf Mitregieren fixiert. Sie bzw. ihre führenden VertreterInnen sind offenbar für die notwendige klare und offensive und zugleich populär vorgetragene Gegenposition zum Neoliberalismus in der öffentlichen Auseinandersetzung weder politisch-inhaltlich noch kulturell geeignet.

**Bleibt die Alternative, eine neue, eigenständige politische Formation zu entwickeln, die bei der Bundestagswahl 2006 mit Aussicht auf Erfolg anzutreten in der Lage ist.**

### 3. Perspektive 2006

Es geht darum, den sozialen Bewegungen bzw. ihren Positionen eine parlamentarisch-politische Artikulationsmöglichkeit zu bieten, die dann auch in den öffentlichen Debatten mit klaren Positionen präsent ist und wirken kann. Dies gilt zunächst für die Situation des Wahlkampfes selbst: Diese Phase einer erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit kann mit allgemeinen „Wahlprüfsteinen“ für die Aufklärung und Mobilisierung der Unzufriedenen kaum genutzt werden. Ein aktives Einmischen erfordert vielmehr die Präsenz als eigenständiger politischer Akteur und erkennbare Alternative.

Mit Blick auf einen erfolgreichen Wahlausgang geht es parlamentarisch ganz klar um Opposition, nicht um mögliche Beteiligung an einer Regierungskoalition, solange nicht die denkbaren Partner ihre Positionen grundlegend in unsere Richtung verändert haben und wieder reale Fortschritte durchsetzbar sind, wovon absehbar nicht auszugehen ist. Erfolgsmaßstab ist die Ausschöpfung des Potentials in der Wahlbevölkerung, das aus Positionen sozialer Gerechtigkeit oder anderen von links anzurufenden Motiven oppositionell oder zumindest unzufrieden mit der herrschenden Politik ist. **Ein Einzug ins Parlament hat dann die Aufgabe, die sich daraus ergebenden Ressourcen und Strukturen für eine weitere Aufklärung der Bevölkerung und für die Inszenierung breiter gesellschaftlicher Debatten zu nutzen und so Kräfteverhältnisse weiter zu verbessern.**

**Es gibt ein Potential, das deutlich über das bisherige links von SPD und Grünen hinausgeht und in erheblichen Teilen auch gar kein im Selbstverständnis linkes Potential ist – auch das konnte die PDS im Westen nie annähernd erreichen. Es sind sehr viele Menschen empört und für Proteste ansprechbar, die das bisher noch nie waren, und noch mehr, die auch für ein anderes Wahlverhalten mobilisierbar wären.** Im Verlauf des letzten Jahres ist eine neue Lage entstanden, noch nie gab es einen solchen Zerfall des bisherigen sozialdemokratischen WählerInnenlagers, und zwar aufgrund der Sozialkürzungen und damit insbesondere im sozial schwächeren und gewerkschaftsnahen Milieu.

**Nur wenn diese Menschen ihre Interessen auch parlamentarisch-politisch wieder zur Geltung bringen, indem sie eine soziale Wahlalternative in den Bundestag bringen, kann die Mehrheit von CDU/CSU/FDP, die ansonsten schon sicher scheint, vielleicht doch noch verhindert werden. Nur so bestünde die Chance, weitere gegen die ArbeitnehmerInnen gerichtete Umbaumaßnahmen (v. a. im Tarifrecht und im Kündigungsschutz) zu verhindern.** Nur so gäbe es eine Gegenreaktion auf die aktuellen Bemühungen des Kapitals, die Gewerkschaften mit Hilfe politischer Methoden zu zersetzen. Je katastrophaler der Wahlausgang für SPD (und vielleicht auch Grüne) wird, desto größer werden dort innerparteilich die Chancen sein, die den kapitalorientierten Kurs der letzten Zeit bestimmenden Kräfte etwas zurückzudrängen und gegenüber CDU/CSU/FDP soziale Positionen wieder stärker zu betonen. Der von einer im Bundestag vertretenen sozialen Opposition ausgehende Druck wird das verstärken.

**Die Anlage eines Projekts "Wahlalternative 2006" müsste so sein, dass diese Ziele erreicht werden können. Das heißt, es muss ein breites Spektrum der Bevölkerung angesprochen werden.** Im Kern sind das die Arbeitnehmerschichten, die auch die Hauptbasis für Rot-Grün sind bzw. waren. Die Wahlwerbung und Darstellung der Inhalte müssen populär, klar und einfach sein und Leute ansprechen und gewinnen, nicht ausgrenzen. Das Herangehen muss sein: Wer nicht gegen uns ist, ist für uns. Provoziert werden sollten unsere Gegner, nicht unsere potenziellen WählerInnen. Die zentralen Attribute, die mit dem Projekt verbunden werden müssen, sind: sozial, Gerechtigkeit, Frieden, Arbeit, offener Bildungszugang, Alternative, aber auch Fortschritt und Zukunft für alle (in was für einer Gesellschaft wollen wir künftig leben: sozial und kinderfreundlich und ökologisch oder ...), Wir sind das Volk (Frauen und Männer, Kinder und Alte, deutscher und ausländischer Herkunft). Im Vergleich zur PDS im Osten muss das Projekt zugleich linker und "mittiger" im Sinne von auf die breiten Arbeitnehmerschichten und gewerkschaftlich orientiert sein. Die Slogans, Plakate usw. dürfen aber nicht inhaltsleer oder dröge langweilig sein, sondern müssen eine klare gegen den neoliberalen Mainstream bzw. für unsere Alternativen gerichtete Botschaft haben, aufklärerisch, zugespitzt und pfiffig sein und den eigenen Aktiven gefallen mit klarer Orientierung, damit sie sie selber gerne nutzen und gerne verbreiten. Es kann da auf vieles zurück gegriffen werden (in leichter Abwandlung ggf.), was Bewegungen und linke KünstlerInnen und Gruppen in der Vergangenheit produziert haben und was an Kreativität sich in der aktuellen Bewegung, bei Demonstrationen usw. immer wieder neu zeigt.

Programmatisch müssen die Gegenpositionen und Alternativen zur Politik des neoliberalen Gesellschaftsumbaus, des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben im Mittelpunkt stehen. Aber auch die anderen zentralen Anliegen der demokratischen Bewegungen müssen aufgegriffen werden (v.a. Frieden, Ökologie, Frauen, Globalisierungskritik, offener Bildungszugang, Wissenschaftskritik, Interessen der MigrantInnen). Hier gibt es reichlich Vorarbeiten, etwa durch die Initiative für einen Politikwechsel, Memorandum-Gruppe, Attac, in Gewerkschaften usw.. Hier sind bei allen Differenzen im Einzelnen und v. a. unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen genügend Gemeinsamkeiten vorhanden. Diese gemeinsamen Positionen fortschrittlicher sozialer und politischer Kräfte müssen populär dargestellt werden, um Massen zu mobilisieren. Es geht nicht um eine neue explizit linkssozialistische Partei.

Eine solche Herangehensweise muss die grundlegende Strategie der das Projekt als aktiver Kern tragenden und führenden Kräfte sein. Es geht also um eine breite Sammlung bzw. ein Bündnis, das niemanden ausschließt (außer Rechten), aber auch keine Dominanz einer bestimmten Gruppierung oder Strömung zulässt. Das Spektrum sollte reichen von KommunistInnen über SozialistInnen bis zu traditionellen VertreterInnen des Sozialstaats und sozial orientierten ChristInnen. Es muss ein möglichst breites Spektrum von Aktiven aus Gewerkschaften, Bewegungen und von Organisationen und Initiativen aus verschiedensten Bereichen einschließen. Dies gilt ausdrücklich auch für Mitglieder der SPD, der Grünen, der PDS oder anderer nicht rechter oder minderheitenfeindlicher Parteien. Es muss ein für alle, die die grundsätzlichen Ziele teilen, offenes Angebot für Unterstützung und Mitmachen sein.

#### 4. Organisation, Arbeitsweise und Perspektiven

Einige Vorstellungen über die Charakteristika und Arbeitsweise der notwendigen neuen politischen Formation: Die Arbeitsweise der sozialen Alternative muss den veränderten Ansprüchen und politischen Kulturen der Menschen entsprechen, die sich in Bewegungen und Initiativen, in Betrieben, Schulen und Hochschulen, im kulturellen Bereich oder in informellen Gemeinschaften engagieren und zunehmend das Internet zur Kommunikation nutzen. Weiter muss die soziale Alternative bzw. ihre RepräsentantInnen im öffentlichen Auftreten und der persönlichen Praxis die massive Parteien- und Politikerverdrossenheit im Volk und in den Bewegungen reflektieren und sich als anders als die etablierten Parteien darstellen: ohne Dünkel und Arroganz, nicht korrupt und nicht auf die eigenen Interessen und Privilegien bedacht, sondern unbestechliche VertreterInnen der einfachen Leute, gegenüber den "Eliten" aus Wirtschaft, Medien und Politik nie devot oder selbstbemitleidend, sondern selbstbewusst und kämpferisch in der Auseinandersetzung. Ziel muss es sein, erarbeitete Alternativkonzepte in die Diskussion zu bringen und dabei gleichzeitig Raum für neue Konzeptionen zu lassen.

**Die soziale Alternative muss in der öffentlichen Auseinandersetzung konsequent und glaubwürdig eine positive, fortschrittliche gesellschaftspolitische Alternative vertreten. Die Formulierung und Verankerung von programmatischen Botschaften und von linken Deutungsmustern im gesellschaftlichen Diskurs ist eine Hauptaufgabe.** Es geht primär darum, die Auseinandersetzung um die Hegemonie zu führen und neoliberale und andere rechte Auffassungen zurückzudrängen. Politische Kompetenz zu entwickeln heißt zunächst, die intellektuellen und strukturellen Kapazitäten für Opposition zu stärken, nicht etwa "regierungsfähig" zu werden. **Es geht um Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, um breit angelegte Bildungsarbeit und um das Eingreifen in wissenschaftliche Diskurse.**

In den für die konkreten politischen Auseinandersetzungen relevanteren Fragen ist durch die Verankerung und den engen Bezug auf die Diskussionen in den Bewegungen, Gewerkschaften und linken Netzwerken sowie durch eine dominierende Orientierung auf die gemeinsamen Ziele und Gegner dafür zu sorgen, dass sowohl Opportunismus wie Sektierertum vermieden und vernünftige Konsense oder Mehrheitspositionen formuliert werden, ohne konstruktive Minderheiten auszugrenzen. Das Referenzmodell ist dabei, wie in außerparlamentarischen Bewegungen und Bündnissen Kompromisse gefunden werden.

**Wichtig ist die stetige Verbreiterung und Vertiefung der Verankerung in den Gewerkschaften, Bewegungen, Organisationen und Szenen auch in den Ländern und Kommunen sowie der Ausbau der Infrastruktur und Medien sowie der europäischen und internationalen Zusammenarbeit, um die politische Formierung und den Kampf um Hegemonie weiter voranzutreiben. Die Sozialdemokratie hat sich als politische Organisation und Interessenvertretung der abhängig Arbeitenden und der sozial Schwachen verabschiedet.** Es bedarf eines neuen Anlaufs der politischen Artikulation und Formierung eines alternativen gesellschaftlichen Blocks von Arbeit und Wissenschaft, Bewegungen und Kultur gegen den herrschenden Block des Kapitals und des Neoliberalismus, um solidarische gesellschaftliche Gestaltung und eine progressive europäische und internationale Perspektive wieder auf die Tagesordnung zu bringen und zu erkämpfen. Dies kann nur gelingen, wenn dabei auch eine neue Generation gewonnen wird, und das wiederum kann nur mit einer neuen Formation gelingen.

Viele halten eine Wahlalternative und neue politische Formation für nötig, sind aber skeptisch, ob ein solches Projekt realisierbar ist. Das entscheidet die Praxis, es passiert nicht einfach so oder anders, sondern es muss getan werden. Es erscheint nicht unmöglich, also müssen wir es zumindest versuchen. Wenn sich herausstellen sollte, dass es doch (noch) nicht zu schaffen sei, kann die erreichte Formierung dennoch wichtig sein für Zwischenschritte und für die Zukunft. **Die Chance für eine neue soziale Kraft besteht. Wir wollen versuchen, sie zu nutzen.**

22.04.2004

## [www.wahlalternative.de](http://www.wahlalternative.de): Zu einigen Fragen und Einwänden

1. Wir befinden uns im Jahr 2004 in einem Diskussionsprozess um eine politische Initiative und mögliche Wahlalternative für die nächsten Bundestagswahlen. Dieser Diskussionsprozess wurde von einem Kreis von Leuten um die Initiative Wahlalternative 2006 und die Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit eingeleitet und stützt sich auf Überlegungen, die auf [www.wahlalternative.de](http://www.wahlalternative.de) und [www.initiative-asg.de](http://www.initiative-asg.de) nachzulesen sind. Dieser Anstoß fand große Resonanz in der Öffentlichkeit und politisch interessierten Kreisen und hat Diskussionen und Stellungnahmen verschiedener Organisationen ausgelöst. Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird dieser Diskussionsprozess auf bundesweiten und regionalen Veranstaltungen fortgesetzt, zu denen die InitiatorInnen gemeinsam mit anderen einladen. Dabei werden zugleich die an einem solchen Prozess Interessierten gesammelt. Ob, wann und wie dann auf dieser Grundlage eine demokratisch strukturierte Mitgliederorganisation bzw. Wahlformation gebildet werden wird, wird ein Ergebnis dieses Diskussionsprozesses sein.
2. Der politische Zweck der neuen Formation ist der gemeinsame und möglichst breit angelegte Kampf gegen neoliberal bestimmte Politik und für eine soziale Alternative. Hier hat sich eine neue zentrale gesellschaftliche Konfliktlinie herausgebildet, die wir politisch zum Ausdruck bringen wollen. Unsere Grundlage sind die gemeinsamen Anliegen und Forderungen von Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen und Organisationen, fortschrittlichen WissenschaftlerInnen und linken Gruppierungen und Bündnissen. Die entscheidende Frage ist nicht, ob eine politische Kraft den Kapitalismus abschaffen will, sondern welche Politik und Interessen sie hier und heute vertritt. Es geht darum, die vorherrschende sozial reaktionäre und aggressive Entwicklung des Kapitalismus aufzuhalten und eine andere Politik und Entwicklungsrichtung durchzusetzen. Voraussetzung dafür sind veränderte gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, die auch neue soziale Kompromisse ermöglichen. Die Geschichte hat gezeigt, dass dies im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse möglich, aber zugleich immer begrenzt und gefährdet ist. Grundsätzliche Kritik des Kapitalismus und Diskussionen über Möglichkeiten seiner Überwindung haben ihren Platz im Rahmen einer sozialen Alternative, sollen aber nicht die gemeinsame politische Praxis behindern.
3. Der Maßstab für den Erfolg einer sozialen Wahlalternative besteht darin, inwieweit sie dazu beiträgt, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zugunsten der abhängig Arbeitenden und sozial Benachteiligten zu verschieben. Es geht um die Formierung einer starken sozialen und politischen Kraft, die die Auseinandersetzung mit den Kräften des Neoliberalismus und des Kapitals aufnimmt. Dazu müssen viele Menschen in unterschiedlichen Arbeits- und Lebenszusammenhängen angesprochen und gewonnen werden. Das Neue der gegenwärtigen politischen Situation besteht darin, dass nicht nur radikale antikapitalistische Kräfte sich von der SPD abwenden, sondern Kernbereiche ihrer bisherigen sozialen Basis und insbesondere der gewerkschaftlich organisierten abhängig Arbeitenden eine neue politische Interessenvertretung suchen. Auch sozial engagierte bisherige AnhängerInnen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU/CSU finden sich durch diese Parteien nicht mehr vertreten. Dies muss aufgegriffen werden, ohne die Leute mit verbalradikalen Parolen oder unpassenden Diskussionsbeiträgen über die (Un-)Reformierbarkeit des Kapitalismus abzuschrecken. Gesellschaftliche Formierungs- und Lernprozesse müssen am Bewusstseinsstand der Menschen ansetzen und brauchen Zeit. Sozialistische Positionen – von denen es wiederum ein breites Spektrum gibt – können ein Ergebnis dieser Prozesse sein, aber nicht vorausgesetzt oder erzwungen werden. So oder so wird auch der Erfolg einer wahlpolitischen Alternative nichts daran ändern, dass die Überwindung des Kapitalismus absehbar nicht auf der Tagesordnung steht.

4. Die neue politische Formation muss als Sammlungsbewegung Menschen unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft für diese gemeinsame Auseinandersetzung zusammenführen. Es geht weder um eine neue Linkspartei zwischen SPD und PDS noch links von der PDS, sondern um etwas Neues, Anderes und Breiteres. Diese Pluralität und Breite muss von allen Beteiligten als strategische und nicht nur taktische Orientierung getragen werden. Das Neue gegenüber bisherigen Parteien besteht auf dieser Ebene weniger in den Inhalten als im Umgang mit unterschiedlichen Auffassungen. Notwendig sind Konsensorientierung und Rücksichtnahme und wechselseitige Akzeptanz unterschiedlicher Positionen wie in außerparlamentarischen Bündnissen. Es darf nicht darum gehen, möglichst radikale und weitgehende Beschlüsse gegen andere durchzusetzen, sondern anknüpfend an Diskussionen in den Gewerkschaften und anderen Bewegungen möglichst breit tragfähige und ausstrahlungsfähige Positionen zu formulieren. Wir haben keine besonderen Prinzipien aufzustellen, nach denen wir die Bewegung modeln wollen. Wir brauchen keinen Verbalradikalismus, sondern überzeugende Argumente gegen den Neoliberalismus und für eine soziale Alternative und eine politische Praxis, die diese Positionen glaubwürdig zum Ausdruck bringt.

5. Grundlage unserer Politik sind die in den letzten Jahren in den Gewerkschaften, Sozialverbänden und Bewegungen entwickelten Alternativen. Die bestehenden Parteien haben den Bezug zu den hier ausgedrückten sozialen Bedürfnissen und politischen Interessen weitgehend verloren. Organisationsegoistische Eigeninteressen und wahltaktische Überlegungen sowie der Einfluss kapitalkräftiger Gruppen bestimmen maßgeblich ihr Handeln. Der sozialen Alternative dagegen geht es um die Sache, um bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung. Es muss wieder klar werden, dass »links« sein einen politischen Inhalt hat, die Vertretung sozialer und emanzipatorischer Interessen und Ziele bedeutet, die sich in konkreten Forderungen und Argumentationen nachvollziehbar niederschlagen. Im Mittelpunkt steht die soziale Frage. Die soziale Alternative muss in dem Sinne eine Partei sein, wie es die bestehenden Parteien gerade nicht sind, nämlich als Ausdruck gesellschaftspolitischer Parteilichkeit für die abhängig Arbeitenden und die Schwachen und gegen die Herrschenden und Reichen, die sich den von anderen produzierten Reichtum aneignen.

6. Eine soziale Wahlalternative muss außerdem insoweit eine Partei bilden, als das Wahlgesetz vorschreibt, dass zur Bundestagswahl nur Parteien antreten können. Sie unterliegt dann den Regelungen des Parteiengesetzes, muss aber nicht Partei heißen und ein Parteileben im traditionellen Sinne organisieren. Selbstverständlich muss die Organisation demokratisch aufgebaut sein, die konkrete Struktur wird noch zu diskutieren sein. Vor allem muss sie als verbindender Zusammenhang von Personen funktionieren, die primär in Gewerkschaften und anderen Interessenvertretungen, Bewegungen, Organisationen und sozialen, politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Initiativen und Projekten aktiv sind und dort im Sinne der Ziele der sozialen Alternative wirken. Sie muss in der Lage sein, Informationen und Orientierungen zu vermitteln und Diskussionsprozesse zu organisieren und zu bestimmten Zwecken und Aktivitäten die Leute zu mobilisieren. Die wahlpolitische Organisation ist nur ein besonderer Teil eines Gesamtzusammenhangs sozialer und demokratischer Bewegungen, den es herzustellen gilt.

## Eine andere Politik ist möglich

Eine große politische Koalition betreibt in unserer Republik die Demontage des Sozialstaates. Eine wirksame Opposition gegen die Politik der »Agenda 2010« gibt es im Bundestag nicht. CDU/CSU und FDP wollen einen noch radikaleren Abbau von sozialer Sicherung und Arbeitnehmerrechten als SPD und Grüne.

In ganz Europa wird ein solcher neoliberaler Umbau der Gesellschaft von Regierungen, Mehrheiten in den Parlamenten und dem Großteil der Medien betrieben.

Die Massendemonstrationen am 3. April haben gezeigt: In der Bevölkerung wächst der Protest gegen diese Politik der sozialen Spaltung, die nur den wirtschaftlich Starken und Mächtigen nützt. Wir wollen keine Politik, die die Armen ärmer und die Reichen reicher macht.

Im Parlament findet dieser Protest keinen wirksamen Ausdruck. Die Politik der Agenda 2010 ist ohne parteipolitische Alternative. Die PDS ist dazu teils nicht in der Lage, teils macht sie diese unsoziale Politik mit. Die etablierten Parteien nehmen

den sozialen Protest nicht ernst. Im Gegenteil: Deutschland stünde – so ihr Standpunkt – erst am Beginn eines »Reformprozesses«.

Die Regierungen wollen ihren Kurs durchziehen, auch wenn Mehrheiten der Bevölkerung dagegen sind. Angeblich gibt es keine Alternative, keine andere Wahl, nur kleinere oder größere Übel. Die immer wiederkehrende Behauptung lautet: Die Globalisierung, der zunehmende Anteil älterer Menschen und die Staatsverschuldung zwingen zu Einschnitten in das soziale Netz. Nur so könne die Zukunft gesichert werden.

Wir sagen: Das ist Unsinn. Finanzfragen sind Verteilungsfragen. Wir haben Alternativen. Sie sind konkret und sie sind machbar. Eine andere Welt ist möglich als die, in der nur das Kapital bestimmt.

Demokratie ist die Alternative. Wenn die Menschen es wollen, können sie eine solidarische Zukunft schaffen, in der die Interessen der Millionen mehr zählen als die der Millionäre.

[www.wahlalternative.de](http://www.wahlalternative.de)

## Alternativen für eine solidarische Zukunft

Die herrschende Politik steigert die Arbeitslosigkeit statt sie zu bekämpfen, weil der Staat Arbeitsplätze vernichtet und immer weniger investiert. Sie steigert die Staatsverschuldung statt sie abzubauen, weil Konzerne und Reiche immer weniger Steuern zahlen. Sie schwächt die Sozialkassen statt sie zu sanieren, weil durch Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne, Privatisierung und mehr unversicherte Arbeit die Einnahmen sinken.

Nicht zu hohe Löhne oder Sozialkosten sind das Problem, sondern die zu geringe Nachfrage, zu wenig Aufträge. Unternehmen schaffen nur dann neue Arbeitsplätze, wenn sie zusätzliche Produkte verkaufen können, nicht weil ihnen Steuererlöse gemacht werden.

Der Export floriert. Es fehlt an Kaufkraft im Inland. Wenn die Menschen durch Lohndrückerei und Sozialabbau immer weniger Geld haben, können sie noch weniger kaufen. Noch mehr Beschäftigte werden »freigesetzt«. Erst recht, wenn auch noch die Arbeitszeit verlängert wird. Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel.

- Verkürzung und soziale Gestaltung der Arbeitszeit statt 42-Stunden-Woche und ständige Verfügbarkeit. Das bringt mehr Menschen in Arbeit und entspricht den Bedürfnissen der Beschäftigten.
- Keine Rentenkürzungen und keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis 67 Jahre.
- Rücknahme der verschärften »Zumutbarkeitsregeln« bei Arbeitslosigkeit und der Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung.
- Stärkung der sozialen Sicherung durch Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen und aller Einkommen in eine solidarische und paritätisch finanzierte Bürgerversicherung. Gegen Privilegien, Verschwendung und überhöhte Profite im Gesundheitswesen. Eine existenzsichernde Grundsicherung für alle.
- Chancengleichheit, hochwertige Bildung und Ausbildung für alle. Für eine Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung (Ausbildungsabgabe). Mehr Geld und Personal für Schulen und Hochschulen, mehr Ausbildungsförderung für Bedürfti-

Eine andere Politik ist nicht nur sozialer und gerechter, sie ist auch wirtschaftspolitisch besser.

Dafür stehen wir:

- Ein großes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm in den Kommunen, für Bildung und Umwelt und zum Aufbau Ostdeutschlands. Das bringt hunderttausende sinnvolle Arbeitsplätze für Frauen und Männer und stärkt die Binnen- nachfrage. Mehr Beschäftigung in sozialen Dienstleistungen und durch öffentlich geförderte Beschäftigung.
- Stärkere Besteuerung großer Unternehmen, hoher Einkommen und Kapitalerträge und von großen Vermögen und Erbschaften. So wird das solide finanziert.
- Stärkung der Tarifverträge. Für Lohnsteigerungen mindestens in dem Maße, wie Produktivität plus Preise steigen. Gegen Niedriglöhne und untertarifliche Bezahlung, gegen Arbeitszeitverlängerung. Sozialer Schutz für alle Arbeitsverhältnisse. Das stärkt Kaufkraft und Beschäftigung und die Sozialkassen.
- ge, gegen Studiengebühren. Flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen und ganztägiger qualifizierter Kinderbetreuung.
- Ökologischer Umbau durch Förderung umweltverträglicher öffentlicher Verkehrssysteme und neuer Produkte, durch Energieeinsparung und den Umstieg auf erneuerbare Energieträger. Das bringt auch zukunftssichere Arbeitsplätze. Beschleunigter Ausstieg aus der Atomenergie.
- Gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder nationalen Herkunft, von Geschlecht oder sexueller Orientierung. Verteidigung der demokratischen Freiheitsrechte. Hilfe für Flüchtlinge in Not.
- Abrüstung statt Kriegseinsätze in aller Welt. Für ein ziviles und international solidarisches Deutschland und Europa. Für eine Regulierung und Besteuerung internationaler Finanzgeschäfte und für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung.

# wahlalternative

---

## Initiative, Bündnis, Sammlungsbewegung, neue Partei?

---

Das Wichtigste für eine neue Politik ist das demokratische Engagement von uns allen. Es muss immer wieder durch öffentliche Aktionen und Demonstrationen zum Ausdruck gebracht werden. Nur so kann der Lobbyarbeit finanzkräftiger Gruppen etwas entgegengesetzt werden, die bis hin zu Erpressungsversuchen von Konzernen durch die Drohung mit Arbeitsplatzabbau geht.

Voraussetzung ist eine breite Aufklärung über die tatsächlichen Probleme und ihre Ursachen sowie über soziale Alternativen – gegen die neoliberale Propaganda der Unternehmerverbände und der Politiker und Medien, die ihnen nachplappern.

Der Ausgangspunkt für eine andere Politik sind also vielfältige Initiativen und Bewegungen, Gewerkschaften und andere Organisationen, die die Interessen der Menschen und eine andere Politik vertreten. Darauf wollen wir aufbauen, sie wollen wir stärken. Wir wollen ein starkes Bündnis aller Kräfte, die außerparlamentarisch für eine andere Politik eintreten.

In vielen Orten gibt es Wahlbündnisse, die eine andere Politik auch in die Stadt- und Gemeinderäte einbringen wollen. Sie wollen wir vernetzen. Wir wollen Menschen sammeln und Möglichkeiten bieten, sich politisch für soziale Alternativen einzusetzen – Menschen, die außerparlamentarisch aktiv sind, die von den traditionellen Parteien enttäuscht sind oder die bisher nicht aktiv gewesen sind.

So wollen wir eine starke Kraft aufbauen, die diese Alternativen auch auf Bundesebene und im Bundestag politisch zur Geltung bringen kann. Wenn es eine neue Partei wird, weil das Bundeswahlgesetz es so verlangt, wird sie also anders als die anderen sein.

---

## Möglichkeiten zum Mitmachen

---

An vielen Orten gibt es bereits AnsprechpartnerInnen oder Gruppen. In den nächsten Wochen und Monaten werden die Aktiven und Interessierten in den **Regionen** eingeladen und vernetzt. Dies machen wir gemeinsam mit unseren PartnerInnen von der Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit. ([www.initiative-asg.de](http://www.initiative-asg.de))

Am 20. Juni werden wir in Berlin einen **bundesweiten Kongress** veranstalten, auf dem wir unsere Alternativen präsentieren und zur Diskussion stellen und die Vernetzung vorantreiben wollen.

Auf der Internetseite [www.wahlalternative.de](http://www.wahlalternative.de) kann man sich eintragen, um Einladungen, unseren Rundbrief und weitere Informationen zu erhalten. Dort findet sich auch eine Liste unserer regionalen Kontaktpersonen. An einigen Orten oder mit ähnlichen Internetadressen versuchen auch andere Gruppen, sich das riesige Interesse an einer neuen wahlpolitischen Al-

ternative zunutze zu machen. Wer sicher sein will, dass er es mit der bundesweit in den Medien bekannt geworden Wahlalternative zu tun hat, sollte mit uns direkt Kontakt aufnehmen.

Bisher haben wir alle ehrenamtlich und auf unsere eigenen privaten Kosten gearbeitet. Aber so ist der Kongress, der Aufbau einer bundesweiten Organisation und die zukünftige Arbeit nicht mehr zu leisten. Die Kosten werden zu hoch und wir brauchen bezahlte Mitarbeit. **Wir brauchen Geld!** Über die Verwendung werden wir öffentlich Rechenschaft ablegen. Spenden bitte auf das Konto [www.wahlalternative.de](http://www.wahlalternative.de)

Helge Meves, Nr. 71 18 83 80 00

bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00.

[www.wahlalternative.de](http://www.wahlalternative.de), Irina Neszeri, Uthmannstr. 5, 47057 Duisburg

[www.initiative-asg.de](http://www.initiative-asg.de), Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit, Königswarter Straße 16, 90762 Fürth



# Programm für eine bessere Zukunft

Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative WASG



1. Ein besseres Leben ist möglich, eine andere Politik ist nötig
2. Gesicherte Arbeit und gerechte Einkommen für alle, Arbeitszeit verkürzen und sozial gestalten
3. Investieren für eine bessere Zukunft, gerechte Steuern
4. Sichere Renten und soziale Krankenversicherung, Armut und Ausgrenzung verhindern, Sozialstaat stärken
5. Bildung, Ausbildung, Kultur und Wissen für alle
6. Natürliche Lebensgrundlagen bewahren, eine gerechte Weltwirtschaft, Europa demokratisch und sozial gestalten, Frieden und Abrüstung
7. Gleiche Chancen und Rechte für alle, mehr Demokratie, gegen Nazis, für eine soziale Alternative: WASG

### Immer mehr Menschen in diesem Land haben Angst.

Angst um ihren Arbeitsplatz. Angst vor Armut oder Verlust ihres erreichten Wohlstands. Millionen Menschen haben keine Arbeit. Nach einem Jahr stürzen sie auf Sozialhilfeniveau: Arbeitslosengeld II.

Tagtäglich erzwingen Arbeitgeber mit der Drohung des Arbeitsplatzverlustes längere Arbeitszeiten für gleiches Geld. Die Löhne werden gedrückt. Reguläre Arbeitsplätze werden ersetzt durch Scheinselbstständigkeit oder Minijobs. Die Politik tut nichts dagegen. Im Gegenteil.

**Die Politikerinnen und Politiker machen sich zu Helfershelfern der Mächtigen in der Wirtschaft. Statt die Menschen zu schützen und zu vertreten, von denen sie gewählt wurden.**

Sie kürzen Renten, Arbeitslosenunterstützung und Krankenkassenleistungen. Öffentliche Dienstleistungen werden verschlechtert oder privatisiert. Private Unternehmen verdienen daran. Den Konzernen und Reichen werden die Steuern gesenkt.

Geht es nach Schröder und Clement, Fischer, Merkel, Stoiber und Westerwelle, war die »Agenda 2010« erst der Anfang. Die immer wiederkehrende Behauptung lautet: Die Globalisierung, die »Demografie« – mehr ältere Menschen – und die Staatsverschuldung zwingen zu Einschnitten in das soziale Netz und zu niedrigeren Löhnen. Doch das ist Unfug, Vorwand.

**Die herrschende Politik löst die Probleme nicht, sondern macht sie nur noch schlimmer.**

Nicht trotz, sondern wegen Sozialabbau und Lohndrückerei kommt die Wirtschaft nicht vom Fleck. Die Arbeitslosigkeit wird immer drückender. Die »Agenda 2010« ist nicht nur unsozial, sondern auch wirtschafts- und beschäftigungs-politisch schädlich.

Deutschland hat die wettbewerbsstärkste Wirtschaft der Welt, die weitaus höchsten Außenhandelsüberschüsse, ist Exportweltmeister. Das beweist: Die Löhne und Sozialkosten sind nicht zu hoch. Sie sind weniger gestiegen als in allen Nachbarländern.

**Eine gerechtere Verteilung schafft zugleich mehr Beschäftigung.**

Vier Fünftel der Beschäftigten arbeiten nicht für den Export, sondern für den inländischen Bedarf. Hier fehlt es an Kaufkraft und Aufträgen.

Löhne sind nicht nur Kosten, sondern bilden zugleich den größten Teil der Nachfrage. Sie müssen gestärkt werden. Die Unternehmen investieren ihre Gewinne nur dann in neue Arbeitsplätze, wenn sie zusätzliche Produkte auch verkaufen können.

**Ein besseres Leben ist möglich!**

Jahr für Jahr produzieren die Menschen mehr und bessere Produkte in der gleichen Zeit. Diese wachsende Produktivität bedeutet: Die Löhne können steigen. Die Arbeitszeit kann verkürzt werden. Der Sozialstaat kann ausgebaut werden. Doch tatsächlich scheffelt nur eine Minderheit immer größere Reichtümer.

Deutschland lebt nicht über, sondern unter seinen Möglichkeiten. Es gibt moderne Produktionsanlagen, Infrastruktur und unbeschäftigte qualifizierte Arbeitskräfte. Sie werden nicht eingesetzt, weil ihre Produkte keine Käufer finden. Weil es den Menschen an Geld fehlt und der Staat immer weiter kürzt.

**Eine andere Politik ist nötig und möglich! Für eine bessere Zukunft.**

**Wir wollen:**

- qualifizierte und angemessen bezahlte Arbeitsplätze,
- sozialen Schutz und Sicherheit,
- bessere öffentliche Leistungen, für Bildung, Gesundheit, Kultur,
- Beruf und Familie vereinbaren können,
- für das Leben arbeiten und nicht für die Arbeit leben,
- gleiche Rechte und Chancen für alle und mehr Demokratie,
- die Natur bewahren, eine gerechtere und friedliche Welt.

Unser ausführliches Programm: [www.wahlalternative-asg.de](http://www.wahlalternative-asg.de)

### Wir wollen eine Kehrtwende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik: für Arbeit und soziale Gerechtigkeit!

Die Einkommen müssen zumindest im Gleichschritt mit den Preisen und den wachsenden Produktionsmöglichkeiten steigen. Das heißt: Jahr für Jahr mindestens drei Prozent mehr je Stunde. Nur dann entsteht genügend Kaufkraft für mehr Arbeitsplätze.

### Wir wollen besseren Schutz für die Beschäftigten.

Wir wollen verhindern, dass immer mehr Menschen zu Löhnen beschäftigt werden, von denen sie nicht leben können. Befristete Beschäftigung und Leiharbeit müssen wieder zur Ausnahme werden statt immer mehr zur Regel. Den Kündigungsschutz wollen wir verbessern, statt immer weiter abbauen.

### Arbeit muss sich lohnen – für alle! Deshalb fordern wir einen Mindestlohn von 1.500 Euro im Monat, neun Euro die Stunde.

Einzelnen sind die Beschäftigten der Übermacht der Arbeitgeber ausgeliefert. Sie werden gegeneinander ausgespielt. Dagegen helfen nur Tarifverträge, die sie gemeinsam, organisiert in Gewerkschaften, durchsetzen. Doch immer mehr Arbeitgeber halten sich nicht daran.

### Tarifverträge schützen. Sie müssen gestärkt werden!

Gesetze und Tarifverträge müssen auch da eingehalten werden, wo auswärtige Arbeitskräfte eingesetzt werden. Ein Entsendegesetz muss für alle Branchen vorschreiben, dass die Standards des Arbeitsortes gelten. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifverträge einhalten.

Immer mehr Unternehmen versuchen, längere Arbeitszeit bei gleichem Lohn durchzusetzen. Das ist Lohnsenkung. Die Konkurrenz versucht dann das Gleiche. Im Endeffekt gewinnt niemand. Aber alle Beschäftigten verlieren und es gibt noch mehr Arbeitslose.

### Gegen die Arbeitslosigkeit brauchen wir kräftige Arbeitszeitverkürzungen, in Richtung 30-Stunden-Woche.

Mit mehr Wachstum allein wird die Arbeitslosigkeit nicht zu beseitigen sein. Das wäre auch ökologisch kaum verkraftbar. Für die gleiche Produktion wird immer weniger Arbeit benötigt. Die Arbeitszeit kann daher verkürzt werden, ohne dass die Löhne sinken.

### Wir wollen mehr Selbstbestimmung der Beschäftigten über die Verteilung ihrer Arbeitszeit.

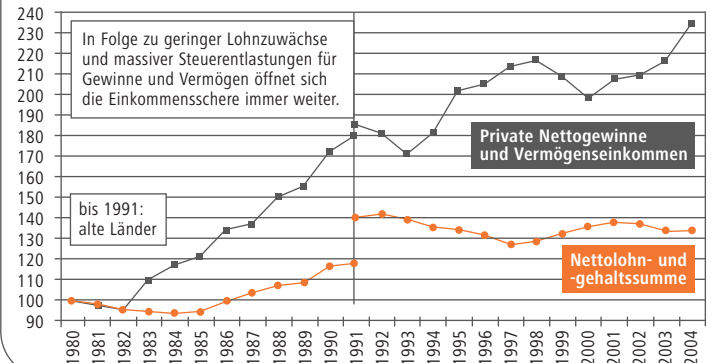
Die Menschen brauchen mehr freie Zeit, um sich zu erholen, für die Familie, Freundinnen und Freunde oder Hobbys. Wir haben ein Recht auf Feierabend und auf gemeinsame Freizeit am Wochenende.

### Wir wollen eine Reform des Arbeitszeitgesetzes.

- Die regelmäßige Wochenarbeitszeit darf höchstens 40 Std. betragen.
- Überstunden müssen stärker begrenzt werden.
- Arbeitszeitkonten müssen geregelt und abgesichert werden.
- Eltern brauchen ein Recht auf zusätzliche Arbeitszeitverkürzung.
- Der Ladenschluss muss bundeseinheitlich erhalten bleiben.

### Fortschreitende Umverteilung von unten nach oben

Entwicklung der Nettoeinkommen (preisbereinigt)



Mehr Infos: [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de), [www.verdi.de](http://www.verdi.de)

### Arbeit ist genug da. Für eine bessere Zukunft.

Schulen und Hochschulen müssen erneuert und ausgebaut werden. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen wir viel mehr Tageseinrichtungen für Kinder und Ganztagschulen. Alten- und Pflegeheime brauchen mehr Personal. Freizeit-, Kultur- und Sportangebote müssen verbessert werden, insbesondere für Jugendliche.

Der öffentliche Personenverkehr muss ausgebaut, Straßen und Kanalisation müssen erneuert werden. Gebäude brauchen eine bessere Wärmedämmung. Die Energieversorgung muss auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden. In die Forschung muss mehr investiert werden.

### Wir fordern ein großes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und den Ausbau öffentlicher und sozialer Dienstleistungen.

Damit schaffen wir mehr als eine Millionen zusätzliche Arbeitsplätze – zu tariflichen Bedingungen und mit voller sozialer Absicherung. Im öffentlichen Dienst, in unabhängigen gemeinnützigen Einrichtungen und Organisationen, und in allen Bereichen der Wirtschaft. Denn mehr öffentliche Investitionen bedeuten Aufträge für die Unternehmen und Einkommen für Millionen.

### So schaffen wir sozial und ökologisch sinnvolles, qualitatives Wachstum. Auch in Ostdeutschland!

Nur im Zusammenwirken eines Zukunftsinvestitionsprogramms mit gezielter Förderung kann es in Ostdeutschland wieder einen Aufschwung geben. Lohn-dumping und die Unterbietung von Sozial- und Umweltstandards lehnen wir ab. Damit würde der Osten zu einer Armutsregion ohne Zukunft.

### Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Die Finanzkrise des Staates liegt nicht an übermäßig gestiegenen Ausgaben. Der Anteil der öffentlichen und sozialen Ausgaben am Nationaleinkommen ist nicht höher als vor 30 Jahren. Trotz der hohen Kosten durch die gestiegene Arbeitslosigkeit und die deutsche Vereinigung.

### Große Unternehmen und Reiche müssen wieder mehr Steuern zahlen.

Für mehr Arbeitsplätze und die Sicherung des Sozialstaats braucht der Staat Geld. Durch mehr Wachstum und Beschäftigung in Folge unseres Zukunftsprogramms erzielen wir höhere Einnahmen. Nur durch höhere Einnahmen kann auch die Verschuldung sozial gerecht abgebaut werden. Sozialkürzungen und die Verschönerung öffentlichen Eigentums lehnen wir ab.

Lägen die Steuereinnahmen noch so hoch wie im Jahr 2000, hätte der Staat über 60 Milliarden Euro jährlich mehr zur Verfügung. Der Anteil der Steuern auf Gewinne und Vermögenseinkommen hat sich in den letzten 25 Jahren halbiert. Immer mehr finanzieren die abhängig Beschäftigten den Staat. Mit gerechten Steuern können wir unser Programm finanzieren.

### Wir wollen gerechte Steuern.

- Konzerne und andere profitable Unternehmen müssen wieder deutlich mehr Steuern zahlen.
- Steuerschlupflöcher für Vermögende und Großverdiener müssen geschlossen werden. Spekulationsgewinne müssen versteuert und Steuerhinterziehung muss wirksamer bekämpft werden.
- Der Spitzensteuersatz muss auf mindestens 47 Prozent angehoben werden, Gering- und Normalverdienende dagegen müssen entlastet werden.
- Eine Vermögenssteuer und höhere Erbschaftsteuern für Reiche.



Mehr Infos: [www.memo.uni-bremen.de](http://www.memo.uni-bremen.de), [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)

**Die herrschende Politik bekämpft nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen.**

Die »Hartz-Gesetze« zwingen Arbeitslose, fast jeden Job anzunehmen. Auch wenn er noch so weit weg oder schlecht bezahlt ist. Nach einem Jahr sinkt die Arbeitslosenunterstützung auf Sozialhilfeniveau. Viele bekommen gar nichts mehr. Dadurch werden auch die Beschäftigten noch erpressbarer.

**Wir wollen Erwerbslose solidarisch absichern. Die Verschlechterungen durch die »Hartz-Gesetze« müssen zurückgenommen werden.**

Wer viele Jahre Beiträge gezahlt hat, muss länger als ein Jahr Arbeitslosengeld bekommen. Danach muss wieder Arbeitslosenhilfe gezahlt werden. Jobangebote müssen die Qualifikation berücksichtigen und tariflich bezahlt sein. Wir wollen Qualifizierung und öffentlich finanzierte Beschäftigung auf tarifvertraglicher Basis. Keine Ein- oder Zwei-Euro-Jobs, durch die zudem reguläre Stellen verdrängt werden.

**Wir wollen sichere und auskömmliche Renten. Keine Rentenkürzungen.**

Wer jahrzehntelang in die Rentenkassen eingezahlt hat, muss eine Rente erhalten, die den Lebensstandard erhält. Die Renten müssen wieder im Gleichschritt mit den Löhnen erhöht werden. Zukünftige Belastungen müssen solidarisch von allen bewältigt werden, nicht einseitig durch Rentenkürzungen.

**Wir wollen, dass die Menschen auch künftig spätestens mit 65 Jahren in Rente gehen können.**

Millionen Ältere sind arbeitslos oder gesundheitlich am Ende. Eine Erhöhung der Altersgrenze bedeutet noch mehr Arbeitslose sowie Rentenkürzung für diejenigen, die nicht solange durchhalten können.

**Wir wollen eine bedarfsgerechte Mindestsicherung bei Erwerbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und im Alter.**

Sie muss deutlich höher als die heutige Sozialhilfe sein. Niemand darf in die Armut fallen. Auch nicht Frauen oder Männer, die Kinder erzogen haben, län-

gere Zeit erwerbslos waren oder nur niedrige Löhne hatten und die deshalb nur geringe Beiträge gezahlt haben.

**Wir wollen ein hochwertiges und soziales Gesundheitswesen und eine menschenwürdige Pflege.**

Eintrittsgeld beim Arzt, immer mehr Medizin muss selbst bezahlt werden. Zahnersatz und Krankengeld müssen auf eigene Kosten versichert werden. Viele Kranke, Alte und Menschen mit geringem Einkommen können sich das kaum leisten. Wer arm ist oder hart arbeiten muss, stirbt früher.

Wir wollen, dass alle medizinisch notwendigen Leistungen von der Krankenversicherung bezahlt werden. Die Lage behinderter Menschen wollen wir verbessern. Wir bekämpfen Verschwendung und überhöhte Profite der Pharmakonzerne. Die Zusammenarbeit zwischen den Ärzten und Krankenhäusern muss verbessert werden.

**Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung. Für alle.**

Alle Menschen, auch Beamte, Selbstständige und Besserverdienende sollen sozial versichert sein. Wer mehr Einkommen hat, muss höhere Beiträge zahlen. Niemand kann sich herausstellen, wenn er viel verdient. Die Arbeitgeber müssen wieder die Hälfte der Beiträge zahlen.

**Wir wollen den Sozialstaat stärken, statt ihn zu demontieren.**

Die Finanzprobleme der Sozialversicherungen sind Folge der hohen Arbeitslosigkeit, der geringen Lohn- und damit Beitragszuwächse sowie der Zunahme unversicherter Arbeit. Die herrschende Politik vergrößert diese Probleme. Sie entlastet die Arbeitgeber und wälzt die Kosten auf die Einzelnen ab. Wir brauchen eine andere Politik. Dann ist der Sozialstaat auch in Zukunft finanzierbar.

Mehr Infos: [www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik](http://www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik),  
[www.sozialpolitik-aktuell.de](http://www.sozialpolitik-aktuell.de), [www.erwerbslos.de](http://www.erwerbslos.de)

### Wir wollen eine gute Bildung und Ausbildung für alle Kinder.

Doch PISA hat gezeigt: die Leistungen unserer Schulen sind mäßig, die soziale Auslese ist extrem. Wir wollen gemeinsame Förderung statt Auslese, ein Bildungswesen ohne Sackgassen und soziale Schranken. Wir brauchen mehr Personal und eine bessere Ausstattung für Kitas, Schulen und Hochschulen.

### Wir wollen bedarfsdeckend Ganztagschulen und Tageseinrichtungen für Kinder mit kleineren Klassen und Gruppen.

So können Frauen und Männer Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren. Bildung ist eine öffentliche Aufgabe und muss aus Steuermitteln bezahlt werden. Wir wollen volle Lernmittelfreiheit. Bildung soll umfassende Kompetenzen und Demokratie vermitteln und die Persönlichkeitsbildung fördern.

### Wir wollen qualifizierte Ausbildungsangebote für alle Jugendlichen. Wer nicht ausbildet, muss zahlen!

Viele ausbildungsfähige Betriebe bilden nicht aus. Jahr für Jahr gehen zigtausende Jugendliche leer aus oder werden in Warteschleifen abgeschoben – auf Kosten der Allgemeinheit.

Deshalb brauchen wir eine Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung. Für ein flächendeckendes und auswahlfähiges Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen und für eine gerechte Verteilung von Ausbildungskosten.

### Wir wollen den Ausbau der Hochschulen und keine Studiengebühren.

Die Hochschulen in Deutschland brauchen mehr Geld und Personal. Sie sind völlig überlastet. Trotzdem studieren im internationalen Vergleich zu wenige Kinder einkommensschwacher Eltern haben kaum eine Chance. Die meisten Studierenden müssen nebenbei jobben. Wir fordern eine ausreichende Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtung. Diejenigen, die später viel verdienen, sollen ordentlich Steuern zahlen und so ihren Beitrag zur Finanzierung leisten.

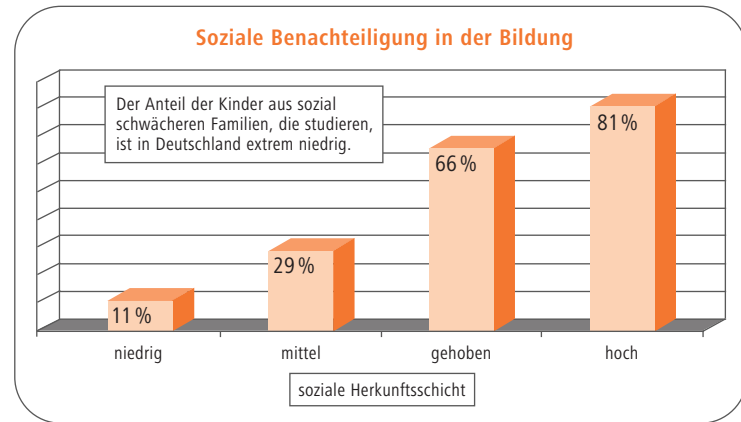
### Wir wollen ein öffentliches und demokratisches Bildungswesen und keine Privatisierung der Bildung.

Immer mehr sind Hochschulen und Forschungseinrichtungen von Geldgebern aus der Wirtschaft abhängig. Wer zahlt, bestimmt. Kritische Inhalte und selbstbestimmtes Lernen bleiben auf der Strecke. Wir wollen Wissenschaft für die ganze Gesellschaft, nicht nur für die Unternehmen.

### Wir wollen freien Zugang zu Informationen und die Beschränkung privater Medienmacht.

Wir wollen, dass Daten und Texte für Bildung und Wissenschaft, für politische und gemeinnützige Tätigkeiten allgemein, frei und unentgeltlich zugänglich sind. Die Einzelnen haben ein Recht auf Auskunft über die personenbezogenen Daten, die über sie erhoben wurden.

Wir wenden uns gegen Patente auf Gene von Menschen und anderen Lebewesen. Wir setzen uns für die Förderung freier Software ein und gegen Patente auf Software. Wir wollen die Stellung der Urheberinnen und Urheber gegenüber den Medienunternehmen stärken.



Mehr Infos: [www.gew.de](http://www.gew.de), [www.jugend.igmetall.de](http://www.jugend.igmetall.de), [www.verdi-jugend.de](http://www.verdi-jugend.de), [www.studis.de](http://www.studis.de), [www.attac.de/wissensallmende](http://www.attac.de/wissensallmende)

### Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren.

Wir wollen, dass auch unsere Kindeskiner noch eine gesunde natürliche Umwelt vorfinden. Doch die kapitalistische Wirtschaft ist nicht nur den Menschen, sondern auch der Natur gegenüber rücksichtslos. Besonders drastisch zeigt sich das in den ärmeren Ländern der Erde.

Wir müssen den Verbrauch von Rohstoffen und Energie und den Ausstoß von Schadstoffen in den kommenden Jahrzehnten drastisch vermindern. Die Wirtschaft der Zukunft muss auf der Nutzung der Sonne und anderer erneuerbarer Energien und Rohstoffe beruhen. Atomenergie ist unverantwortlich.

### Wir wollen mit öffentlichen und privaten Investitionen den ökologischen Umbau voranbringen. Mit ökologischen Steuern wollen wir Anreize setzen.

Damit schaffen wir zugleich mehr Beschäftigung. Wir wollen mehr Güter von der Straße auf die Schiene bringen und den öffentlichen Personenverkehr stärken – nicht nur auf Hauptstrecken, sondern auch in der Fläche.

### Wir wollen den Verbraucherschutz und die ökologische Landwirtschaft sowie den Tierschutz stärken.

Genmanipulierte Lebensmittel lehnen wir ab. Der Hunger in der Welt ist kein Problem zu geringer Möglichkeiten der Nahrungsproduktion, sondern eines der Verteilung.

Die Konzerne missbrauchen die Globalisierung und die billigeren Arbeitskräfte in ärmeren Ländern als Druckmittel, um weltweit Löhne und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Dagegen wehren wir uns.

### Wir wollen eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Weltweit müssen soziale und ökologische Mindeststandards eingehalten werden.

Die Weltwirtschaft und besonders die Finanzmärkte müssen sozial geregelt werden. Wir setzen uns für eine Steuer auf Devisenspekulation (Tobin-Steuer) und für den Kampf gegen Steueroasen ein. Arme Länder müssen entschuldet und die Entwicklungshilfe muss gemäß den Verpflichtungen der Vereinten Nationen erhöht werden.

Der Welthandel muss so reguliert werden, dass er den Menschen zugute kommt und nicht nur den internationalen Konzernen und dem Finanzkapital. Wir lehnen die geplante Liberalisierung des Dienstleistungshandels durch das GATS-Abkommen und die EU-Dienstleistungsrichtlinie ab. Wir wollen Mitbestimmung der Beschäftigten auch in internationalen Konzernen.

### Wir wollen ein soziales, demokratisches und friedliches Europa. Ein Europa der Menschen statt ein Europa der Märkte!

Unter dem Mantel des Wettbewerbs und der Stabilität werden in der EU Privatisierung und eine Politik zugunsten des Kapitals vorangetrieben. Das muss sich ändern. Vollbeschäftigung und soziale Rechte müssen Vorrang vor Wirtschaftsinteressen bekommen. Wir fordern ein gemeinsames europäisches Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit und Umwelt.

Der Europäische Verfassungsentwurf schreibt eine kapitalorientierte, neoliberale Wirtschaftspolitik sowie weitere Aufrüstung fest. Wir lehnen ihn deswegen ab und fordern eine Volksabstimmung. Die EU muss grundlegend demokratisiert und das Europäische Parlament gestärkt werden.

### Wir wollen Frieden und Abrüstung!

Wir wollen, dass Außenpolitik Friedenspolitik ist. Wir lehnen die Aufrüstung der NATO und der Bundeswehr ab. Sie dürfen nicht für die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen oder für einen »Krieg gegen den Terrorismus« eingesetzt werden. Wir wenden uns gegen jegliche Unterstützung von Kriegseinsätzen der USA oder anderer Länder im Irak oder anderswo.

Wir wollen die Vereinten Nationen stärken und setzen uns für internationale Abkommen zur Abrüstung ein. Wir fordern ein weltweites Verbot des Einsatzes und der Produktion von Massenvernichtungswaffen sowie der militärischen Nutzung des Weltraums.

Mehr Infos: [www.attac.de](http://www.attac.de), [www.friedenskooperative.de](http://www.friedenskooperative.de), [www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

### Wir wollen gleiche Chancen für Frauen und Männer.

Frauen und Männer brauchen vollwertige Erwerbsarbeitsplätze und ein eigenständiges Einkommen. Wir treten für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und für ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft ein. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter.

### Wir wollen die Grundrechte sichern und Diskriminierung bekämpfen.

Wir verteidigen die demokratischen Freiheitsrechte und wenden uns gegen einen Überwachungsstaat. Den Abbau von Grundrechten unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung lehnen wir entschieden ab. Wir wollen gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder nationalen Herkunft, von Geschlecht oder sexueller Orientierung. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit haben in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz.

### Wir wollen Flüchtlinge schützen und Eingewanderte integrieren.

Wir sind gegen Sondergesetze, Abschiebehaft und Schikane. Alle längerfristig hier lebenden Menschen müssen gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte genießen. Wir wollen unentgeltliche Sprachkurse für alle Eingewanderten.

### Wir wollen mehr Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft.

In allen Lebensbereichen, Schulen und Hochschulen, Pflege- oder Freizeiteinrichtungen, müssen die Beteiligten demokratisch mitbestimmen können. Wir wollen das Recht auf politischen Streik und Generalstreik, wie in den meisten Ländern Europas üblich.

In der Politik wollen wir größere Möglichkeiten für direkte demokratische Einflussnahme, für Volksbegehren und Volksentscheide auf allen Ebenen schaffen. Die politische Elite hat sich weit von der Bevölkerung entfernt. Wir sind dagegen, dass Trägerinnen und Träger politischer Ämter oder Mandate bezahlte Nebentätigkeiten ausüben.

### Wir fordern die Demokratisierung der Wirtschaft. Privatisierung lehnen wir ab.

Wir setzen uns für den Ausbau der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften in den Unternehmen ein. Auch bei der Wirtschaftspolitik müssen die Gewerkschaften ebenso wie die Sozial-, Umwelt- und Verbraucherverbände mitbestimmen.

Wir wollen den öffentlichen Sektor sowie genossenschaftliche und gemeinnützige Betriebe stärken. Die Privatisierung öffentlicher Betriebe und Dienstleistungen lehnen wir ab. Dadurch werden demokratische und soziale Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten privater Profite aufgegeben.

### Wir ergreifen Partei für die Arbeitenden und die Benachteiligten.

Wir wollen den Interessen der abhängig Arbeitenden und sozial Benachteiligten wieder eine Stimme in Politik und Parlament verschaffen und Partner sozialer und demokratischer Bewegungen sein. Wir streben ein breites Bündnis mit allen Menschen an, die mit uns in dem Gedanken geeint sind – eine andere Politik ist möglich und machbar.

Wir streiten gegen Nazis und lehnen jede Zusammenarbeit mit neonazistischen und anderen rechtsgerichteten Gruppierungen entschieden ab.

### Wir machen Druck für eine soziale Alternative.

Wir sind die Opposition gegen ungerechte Politik. Wir kämpfen für einen grundlegenden Politikwechsel. Eine solidarische Gesellschaft ist möglich, wenn die Interessen von Millionen mehr zählen als die der Millionäre, wenn die Menschen bestimmen und nicht das Kapital.





# Der WASG beitreten und spenden!

## Wir brauchen Mitglieder, Unterstützerinnen und Unterstützer!

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Partei »Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative«:

### Persönliche Daten

Vorname

Name

Straße

PLZ / Ort

Geburtsdatum

Staatsangehörigkeit

Telefon

e-Mail-Adresse

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie besonderer Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG, z.B. politische Meinungen, religiöse, philosophische Überzeugungen usw.) einverstanden.

Ort, Datum, Unterschrift

Bitte den unterschriebenen Antrag senden an:  
Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative,  
Königswarter Straße 16, 90762 Fürth,  
Fax 0911 78073-11  
[www.wahlalternative-asg.de](http://www.wahlalternative-asg.de)

### Beschäftigungsdaten

ich bin

- |   |                                     |
|---|-------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> erwerbstätig       | <input type="checkbox"/> erwerbslos |
| <input type="checkbox"/> nicht erwerbstätig | <input type="checkbox"/> Rentner/in |
| <input type="checkbox"/> Schüler/in         | <input type="checkbox"/> Student/in |

Mtl. Parteibeitrag (1% vom Einkommen, mind. 1 Euro)

### Zahlung

- |                                       |  |
|---------------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> monatlich    | <input type="checkbox"/> vierteljährlich |
| <input type="checkbox"/> halbjährlich | <input type="checkbox"/> jährlich        |

### Zahlungsweise

 (Bankverbindung siehe unten)

- |                                      |  |
|--------------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> Überweisung | <input type="checkbox"/> Lastschrift (bitte Einzugsermächtigung ausfüllen) |
|--------------------------------------|--|

Hiermit ermächtige ich widerruflich die Partei »Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative«, den jeweils von mir zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von meinem/ unserem Konto einzuziehen.

Name der Bank

Bankleitzahl, Kontonummer

Ort, Datum, Unterschrift

Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Richtigkeit der erfassten Daten über meine Person. Die Partei »Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« speichert, verarbeitet und nutzt diese Daten mit Hilfe von Computern (elektronisch) ausschließlich zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben.

Ort, Datum, Unterschrift

## Wir brauchen Geld!

Anders als die etablierten Parteien haben wir keine reichen Sponsoren und auch noch kein Geld aus der staatlichen Parteifinanzierung. Wir sind dringend auf Spenden und Beiträge angewiesen. Parteispenden und Beiträge werden bis zu 825 / 1.650 Euro (Ledige/Ehegatten) jährlich zur Hälfte bei der Steuererklärung erstattet. Darüber hinaus gehende Beträge können als Sonderausgaben abgesetzt werden. Bitte spenden Sie an:

## Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative

Konto 457 700 000, BLZ 760 800 40 (Dresdner Bank Nürnberg)